

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

HEFT 20

Nov/Dez

4. JAHRGANG 1989

DM 1.50

**Die Zerstörung von
Recht
und
Menschlichkeit**



**Strafgefangenenlager des Emslands
1933-1945**

In diesem Heft:

Einleitung.....	S. 3
Aus der Geschichte lernen.....	S. 4
Wir waren Moorsoldaten.....	S. 7
"Historische Wahrheit nicht unterdrücken".....	S. 9
Was tun gegen Rechtsextremismus ?.....	S.10
Kommunalwahlen in NRW.....	S.12
Zwei Traditionen-eine Utopie.....	S.13
Walter Jens:Wir Extremisten.....	S.15
DGB zu den Republikanern.....	S.17
Impressum.....	S.20
Parteitag der Nationalistischen Front in Detmold.....	S.21
Blick nach draußen.....	S.22
Antifaschistische Stadtkonferenz in Herne.....	S.28
Rede von Pfarrer Kohr.....	S.30
Christen und Neofaschismus.....	S.36
Aufruf zu einem Antiimperialistischen Kongreß.....	S.38

Verkaufsstellen:

- Dortmund**
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Litfaß-Buchladen
 - Café Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Akzent-Buchhandlung
 - Erpel

- Herne:**
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt
 - Grünes Büro
 - DKP-Büro

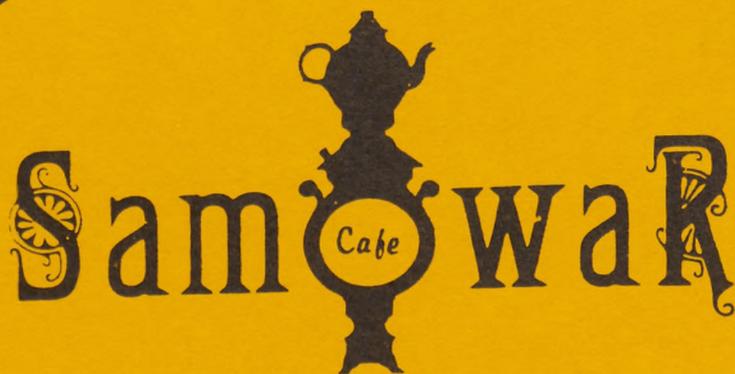
- Marl**
 - Bücherladen
 - Die Mühlen-Kneipe

- Recklinghausen**
 - Attatroll-Buchladen
 - Van-Ahlen-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübbelken-Kneipe
 - Acht-acht-Kneipe
 - Grauzone-Kneipe
 - Altstadtschmiede
 - Grünes Büro

- Dülmen**
 - Vollkörnchen
 - Grünes Büro

ANZEIGE

Straßencafé



Tel 0231/104816 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4400 Dortmund 1

- Münster**
 - Cafe Malik
 - Cafe Prütt
 - Akzent-Buchhandlung
 - Frauenstr.24
 - Litfaß
 - Themroc
 - Blechtrommel

- Bochum**
 - Akzent-Buchhandlung

- Herren**
 - Büchereule
 - Bioladen

EINLEITUNG

Hauptthema dieser Ausgabe ist der antifaschistische Widerstand in den Arbeitslagern des Emslandes—die Stichworte Moorsoldaten-Lied, Börgermoor, Esterwegen, Carl von Ossietzky sagen wahrscheinlich den meisten AntifaschistInnen etwas. Darüber kann und soll gestritten werden, ob solche Themen denn noch "zeitgemäß" sind, ob nicht die aktuellen Fragen viel "wichtiger" sind als eine Handvoll von Gedenkstätten zu erinnern. Ganz abgesehen davon, daß das Erinnern für viele heute eine fragwürdige Kategorie geworden ist—zu viel würde schon an "Gedenk-Übungen" in den Schulen praktiziert, die Jugend habe davon zurecht die Nase voll.

Seis drum, wir sehen das ein wenig anders, wollen in diesem Zusammenhang auch auf den Artikel "**Zwei Traditionen—eine Utopie**" in dieser Ausgabe verweisen.

Wer mag es bestreiten, daß nicht erst nach den jüngsten Wahlerfolgen der REPs in Baden-Württemberg die antifaschistische Arbeit in einer ersten Krise steckt.

Diese **AntifaZ-Ausgabe** will sich bewußt in die laufenden Auseinandersetzungen einmischen—wir würden uns über Antwort und Reaktion auf die Artikel freuen.

Ursprünglich sollte auch noch ein ausführlicher **Deutschland-Artikel** in dieser Ausgabe stehen—das haben wir nicht geschafft, da unsere Diskussion angesichts der Fülle der Ereignisse noch keine Ergebnisse hervorgebracht hat, die wir veröffentlichen könnten.

Ansonsten hoffen wir, mit der Auswahl der Themen und der Unterschiedlichkeit der einzelnen Beiträge Euer Interesse zu finden.

Noch eine selbstkritische Bemerkung zum Schluß: In der letzten Ausgabe haben wir aus der **FORSA-Studie** zitiert. Dabei ist uns ein nicht entschuldbarer Fehler unterlaufen: Auch im Dortmunder Norden lautet die Trendaussage wie überall in dieser Republik: "Die Rechtsparteien wurden bei der Europawahl im Dortmunder Norden **eher von Männern als von Frauen** gewählt." Wir hatten das Gegenteil geschrieben.

Ansonsten hoffen wir aber, mit der **Antifaz** weiterhin auf dem richtigen Weg zu sein. Schreibt uns, wie Ihr das seht.

Mit herzlichen Grüßen, und mutig voran zum Jahreswechsel,

Eure

Antifaz-Redaktion

AUS DER GESCHICHTE LERNEN

Fahrt des AFB Recklinghausen zu den Emslandlagern

Am Samstag, dem 23. September, fuhr eine Gruppe von Mitgliedern des Antifaschistischen Bundes (AFB) aus Recklinghausen und des Antifaschistischen Arbeitskreises aus Herne ins Emsland, um einige der ehemaligen Nazi-Arbeitslager zu besichtigen. Mit dabei war Hermann BOGDAL, ehemaliger Häftling im Lager Aschendorf, der uns seit langen Jahren Freund und Mitkämpfer im Kampf gegen den aufkommenden Neofaschismus ist.

"Auf den Spuren der Moorsoldaten"-hieß das Motto unserer Fahrt

Frühmorgens ging es auf dem Busbahnhof in Recklinghausen los, denn die Fahrt bis Papenburg dauert immerhin fast drei Stunden.

In Papenburg, dem Zentrum des Emslandes, befindet sich das "Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ)" des "Aktionskomitees Emsland e.V.", welches seit Jahren in unermüdlicher Fleißarbeit Dokumente aus den Nazi-Arbeitslagern des Emslandes zusammengetragen hat.

Dies Zentrum war das erste Ziel unserer "Emslandfahrt". Wir erfuhren, daß das heutige Zentrum sich erst als eine Vorstufe zu einem größeren Dokumentationszentrum versteht, was in einem größeren und repräsentativen Gebäude in Papenburg untergebracht ist - wobei auch die jetzige Dokumentation durchaus sich durch sorgfältigen Aufbau, Übersicht und umfassendes Material auszeichnet.

Wenn es seitens der

Stadt Papenburg endlich die seit Jahren eingeforderte Unterstützung gäbe, könnte sicher umgehend ein attraktives Dokumentationszentrum entstehen.

Ein Mitarbeiter des DIZ erläuterte uns die einzelnen Ausstellungsstücke und Informationstafeln des Zentrums, ergänzt durch häufige Beiträge von Hermann, der seine Erfahrungen aus der Zeit der Lagerhaft anschaulich zu schildern wußte. Es war etwas anderes als



eine der häufigen "Besichtigungen", wie sie von Schulen oder Jugendeinrichtungen oft organisiert werden. Schon die ersten Bildtafeln mit den Lebensschicksalen einiger "prominenter" ehemaliger Lagerinsassen wie Carl von Ossietzky brachten uns einen Eindruck von der Bestialität und Umfassendheit des Nazi-terrors. Durch die Verbindung von konkreten Dokumentinformationen und die Schilderungen Hermanns entstand in unserer Gruppe eine eigentümliche Nähe zu den beschriebenen Ereignissen. So bewirkten zum Beispiel einige der Briefe oder Karten, welche von Inhaftierten an ihre nächsten Angehörigen wie Frauen oder Eltern geschickt worden waren, eine unmittelbare Betroffenheit, welche nicht mit Worten wiedergegeben werden kann.

Allerdings war dies keine "ehrfürchtige" Betroffenheit, sondern eher ein stilles Verweilen, wie es sich bei uns allen dann auch am Nachmittag beim Besuch einzelner Gedenkstätten einstellte, die im Umkreis von Papenburg an den Orten ehemaliger Arbeitslager und KZs errichtet sind - allerdings in der Regel derart weitab vom normalen Straßenverlauf und ohne größere Hinweise, so daß sie eigentlich nur von Ortskundigen gefunden werden können. Während der Besichtigung des DIZ sprachen wir über eine ganze Reihe von Fragen, die uns spontan



interessierten, zum Beispiel, ob die Nazis die Emslandlager in erster Linie als Arbeitslager eingerichtet hatten oder eher als eine spezielle Art von Vernichtungslager, nach der Methode "Vernichtung durch Arbeit". Wir kamen zu dem Ergebnis, daß die Ziele der Nazis in den Emslandlagern zum einen (zumindest in der ersten Zeit) ein aufwändiger Plan der "Emslandkultivierung", zum anderen aber auch eine umfassende Methode, den politischen Widerstand mundtot zu machen, ihn zu demoralisieren und jede Form des Widerstands durch Repression bis hin zur physischen Vernichtung zu beantworten waren.

Diese Ziele standen sicher zum Teil im Widerspruch zu einander, denn schon zur Zeit des Nazifaschismus gab es große Maschinen, die für eine Kultivierung des Moores sicher effektiver waren als die Handarbeit. In dieser Hinsicht war das ehrgeizige Ziel der Kul-

tivierung letztlich ein großer Reifall für die Nazis.

In ihren mörderischen Zielen waren sie erfolgreicher: Zehntausende starben nicht zuletzt wegen der furchtbaren Bedingungen der Arbeit, in jeder Witterung, im Sommer und Winter, ausgerüstet nur mit notdürftigster Kleidung mußten sie hinaus "ins Moor". Und unzählige fielen den Schikanen und Terrormaßnahmen der Wachmannschaften zum Opfer, unter denen es allerdings "solche und solche" gab - üble Sadisten, aber auch solche, die den Gefangenen den Umständen nach einigermaßen menschlich begegneten. Wir erfuhr in diesem Zusammenhang, daß es trotz der unmenschlichen Schikanen einen breiten Widerstand und solidarisches Zusammenhalten unter den Häftlingen gab.

Exemplarisch für diesen Widerstand steht das "Moorsoldatenlied", das

ja in seiner letzten Stro-
phe klar eine

Kamptansage an den Fa-
schismus darstellt. Wir
erfuhren, wie das Lied in
der Vorbereitung einer
"Lagerveranstaltung"
entstand, auf der die
Häftlinge in der Art ei-
nes Zirkusses eine ganze
Reihe von komischen
und artistischen "Num-
mern" aufführten. Über
die Vorbereitung dieser
"Veranstaltung" hatte es
heiße Diskussionen ge-
geben: Sollte man ange-
sichts des faschistischen
Terrors sich zur Darbie-
tung lustiger Szenen
"hergeben" oder konnten
solch Zirkusvorführun-

gen zur Hebung der anti-
faschistischen Moral
beitragen, insbesondere
wenn die Darbietungen
mit einer ganzen Reihe
von versteckten Spitzen
gegen die Lagerleitung
bestückt waren?

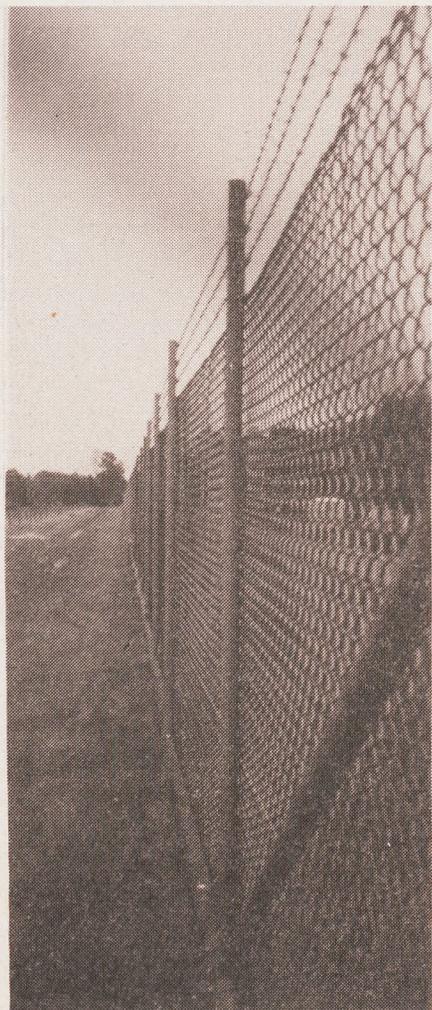
Nun, die letztere Mei-
nung setzte sich
durch, und der
Erfolg, insbesondere die
allgemein äußerst ermu-
tigende Wirkung des
"Moorsoldatenliedes"
gab ihr recht.

Nach der Besichtigung
des DIZ fuhren wir, wie
erwähnt, zu einigen Ge-
denkstätten, so zum Bei-
spiel auf den zentralen

Gedenkfriedhof ESTER-
WEGEN.

Hierüber soll nicht viel
berichtet werden - nur
soviel: Die frischen
Kränze und
Schleifen, die von den
verschiedenen Delegati-
onen ehemaliger Moor-
soldaten aus den europä-
ischen Ländern am 1.
September hier nieder-
gelegt worden
waren, riefen uns allen
eindringlich ins Ge-
dächtnis:

Laßt uns alles in unsern
Kräften Stehende
tun, daß nie wieder Fa-
schismus in Deutschland
die Macht ergreift!



WIR WAREN MOORSOLDATEN

Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Überfalls auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkrieges hatte das "Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V.(DIZ)" zu Gedenkveranstaltungen und einem europäischen Treffen aller ehemaligen Moorsoldaten vom 1. bis 3. September 1989 aufgerufen.

Wir waren Moorsoldaten

Mehr als 150 ehemalige Häftlinge der Konzentrations- und Strafgefangenenlager des Emslandes, ehemalige Militärsträflinge und Kriegsgefangene, die in die Moorlager verschleppt worden waren, aus der Bundesrepublik, der DDR, Polen, Frankreich, den Benelux-Ländern und Dänemark waren dem Ruf des Aktionskomitees gefolgt, um an den Stätten nazistischer Grauens ihrer Toten zu gedenken und um den Lebenden ein mahnendes Zeichen zur Wachsamkeit zu geben. Nach einem Empfang durch die Stadt Papenburg und Begrüßungsworte des Bürgermeisters und der Parteiführer riefen die Sprecher der anwesenden Nationen die Erinnerungen an die Schrecknisse, die sie als Moorsoldaten in den Lagern ertragen mußten, wach. Sie dürfen nicht verges-



sen werden. Sie sind eine Lehre für die Zukunft. Der Sprecher des Moorkomitees der Bundesrepublik richtete seine Begrüßung insbesondere an die Jugend, die Warnungen der Geschichte aufzunehmen, um zu verhindern, daß sich eine ähnliche Schreckensherrschaft wie die des Nationalsozialismus jemals wiederholen könne.

Kundgebung auf dem Gedenkfriedhof Esterwegen

In den Nachmittagsstunden fand, nach einem Besuch des ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen, auf dessen Gelände die Bundeswehr

sich eingerichtet hat, die Kundgebung auf dem Ehrenfriedhof Esterwegen statt. Von den ehemaligen Moorsoldaten wurde es besonders begrüßt, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Veranstalter dieser Gedenkfeier war. Hier, am Gedenkstein für Carl von Ossietzky und alle im Moor zu Tode gekommenen

Häftlinge, der von der Bergarbeiterjugend Essen vor einigen Jahren dort eingeweiht worden war, unter der Fahne des Moorkomitees mit dem Bild des Moorsoldaten, wurde der schrecklichen Vergangenheit gedacht und wurden warnende Worte in die Zukunft gerichtet. Die Kundgebung war der Höhepunkt der dreitägigen

Veranstaltungen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der DGB-Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Peter Riemer, der auf die bedrohliche Rechtsentwicklung in der BRD aufmerksam

machte, wies besonders auf den in der ganzen Welt einsetzenden Umdenkungsprozeß und die von Gorbatschow eingeleiteten Abrüstungsvorstöße hin. Hermann Bogdal, Mitglied und Sprecher des "Komitees der Moorsoldaten", rief den 500 Teilnehmern zu: "Mit Sorge stellen wir alten Antifaschisten das Aufkommen alter und neuer Nazis fest. Mit Sorge hören wir den Ruf nach den Grenzen von 1937. Wer die Grenzen von 1937 fordert, der

stört das friedliche Zusammenleben der Völker, der gefährdet den Frieden."

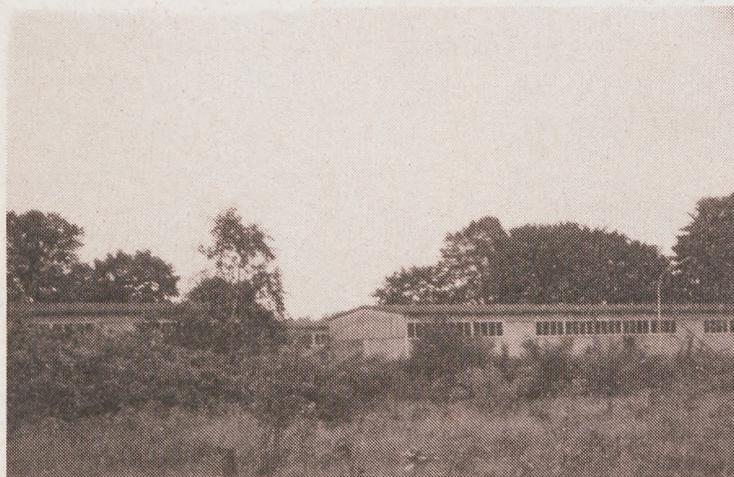
Bogdal appellierte an die Jugend, im "Geiste der Toten und Überlebenden" Nazismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und nationalen Größenwahn zu bekämpfen. Mit dem gemeinsam gesungenen "Moorsoldaten-Lied" wurde die eindrucksvolle Gedenkfeier beendet.

Die Delegationen aus der BRD, DDR, Polen, Frankreich, Österreich, Dänemark, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden legten zum Gedenken an die weit über 20 000 in den Emslandlagern ermordeten Widerstandskämpfer und Kriegsgefangenen Kränze nieder.

Gemeinsame Rundfahrt zu den ehemaligen Lagern

Der dritte Tag der Gedenkfeiern war ausgefüllt mit einer Rundfahrt zu den einzelnen Lagerstandorten Börgermoor Lager I, Versen, Dalum, Oberlangen und Aschendorfermoor Lager II.

Den Abschluß bildete ein

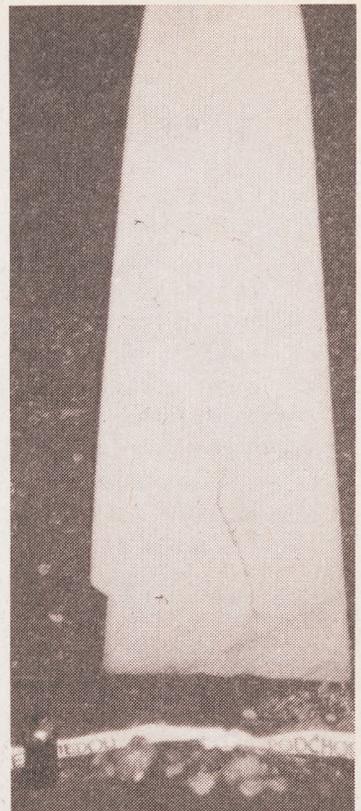


Besuch des Schießplatzes in Lingen, wo mehrere Tausend sowjetischer Kriegsgefangener ermordet worden waren.

Das "Moorkomitee", der Wegbereiter

Einen nicht unwesentlichen Anteil für das Gelingen eines Treffens der ehemaligen Moorsoldaten auf einer derartig breiten Ebene hatte das im Jahr 1956 gegründete "Komitee der ehemaligen Moorsoldaten" und die Zeitschrift "Der Moorsoldat". In jahrelanger, von Schwierigkeiten belasteter Vorarbeit, von Überalterung personell zunehmend geschwächt, war es unermüdlich bemüht, alles daranzusetzen, um die fürchterlichen Verbrechen der Nazis in den Konzentrations- und Strafgefangenenlagern des Emslandes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Ebenso muß die emsige Tätigkeit des "Aktionskomitees Emsland e.V." in Papenburg hervorgehoben werden, in dessen Händen alle Vorbereitungen ruhten.



Ihrem "Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ)" ist es zu verdanken, daß die grauenhaften Geschehnisse in den Lagern des Emslandes in mühevoller Arbeit durchforscht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Erwähnt werden muß auch, daß die Stadt Papenburg die Teilnehmer des Moorsoldatentreffens offiziell empfangen und begüßt hat und diese aus dem Munde des Bürgermeisters die Versicherung entgegen nehmen konnten, daß die Menschen im Emsland

alles daransetzen würden, die Dinge, die geschehen sind, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Hermann Bogdal (Der Verfasser des Berichtes war drei Jahre politischer Häftling im Lager II Aschendorfermoor und gehört dem "Moorkomitee" an)

"HISTORISCHE WAHRHEIT NICHT

UNTERDRÜCKEN"

Interview mit Hermann BOGDAL

Frage: Welche Arbeiten hatten Sie im Lager Aschendorf zu verrichten ?

Antwort: Wie alle Lagerinsassen mußte auch ich draußen im Moor arbeiten. Wir wurden eingesetzt zur Kultivierung und beim Straßenbau-sommer-tags wie auch im Winter.

Frage: Das Lied "Die Moorsoldaten" ist im Emsland entstanden. Welche Funktion hatte es im Lager ?

Antwort: Es war ein Kampflied und hat eine innere Festigung gebracht. Das Lied hat die Menschen zu einer unbeschreiblichen Entschlossenheit be-seelt, um die Schikanen der Lagerleitung zu ertragen. Es wurde gesungen, wenn die Wachmannschaften Baracken verwüsteten und Leute mißhandelt wurden. Ein Baracke stimmte das Lied an, und bald erscholl es über das ganze Lager.

Frage: War das Singen des Liedes verboten ?

Antwort: Das Singen hatte man nicht verboten. Man hätte es auch nicht können, denn dazu hätte die Wachmannschaft wahllos in die Baracken hineinschießen müssen. Die Häftlinge waren jedoch dazu da, das Moor zu kultivieren. Damit tritt ein Widerspruch zutage, der den Gefangenen zum Vorteil gereichte. Die Lagerführung hatte nur im Sinne, die Häftlinge zu schikanieren, die Wirtschaftsführung jedoch wollte soviel Land kultivieren wie möglich. Der Interessengegensatz sorgte dafür, daß ein gewisses Maß an Quälereien nicht überschritten wurde.

Frage: Das Treffen der ehemaligen Häftlinge findet nicht in privatem, sondern in öffentlichem Rahmen statt. Ist diese Öffentlichkeit, die ja hier durch Hörfunk, Fernsehen und verschiedene Druckmedien stark repräsentiert ist, für sie störend, oder halten Sie diese für wichtig ?

Antwort: Als ehemalige politische Häftlinge treffen wir uns bei verschiedenen Gelegenheiten in kleinerem Rahmen. Das ist für uns persönlich notwendig. Wichtiger aber ist, daß die Dinge, die sich in den Emslandlagern ereignet haben, in vollem Umfang an die Öffentlichkeit gelangen. In unserem Land hat es leider schon Zeiten gegeben, wo versucht wurde, die historische Wahrheit zu unterdrücken. Das ist sehr erschreckend. Meine Erfahrung ist, daß fast jeder ehemalige Häftling bereit ist, über seine Zeit im Lager zu sprechen, und auch wünscht, daß die Schrecken dieser Zeit immer wieder in Erinnerung gerufen werden. An Schulen, Universitäten und bei Seminaren habe ich selbst immer wieder meine eigenen Erlebnisse geschildert. Besonders mit der Jugend sollte die Zeit des Nationalsozialismus eindringlich besprochen werden.

Frage: Wann haben Sie gelernt, offen über Ihre Zeit im Lager Aschendorf zu sprechen ?

Antwort: Es gibt Erlebnisse, die für jeden Menschen besonders schwer zu verkraften sind. Zu diesen gehört sicher auch die Zeit in den Händen der Gestapo. Einige schreckliche Bilder tauchen immer wieder vor meinen Augen auf, und es hat viele Jahre gedauert, bis ich frei darüber reden konnte. Und dennoch existieren Geschehnisse, die ich nur bei ganz bestimmten Gelegenheiten aussprechen kann. Auch gibtes Phasen, da bin ich verschlossen und kann überhaupt nicht reden. Besonders schwer ist es natürlich, wenn ich über Dinge sehr authentisch reden soll. Es ist einfach ein beklemmendes Gefühl, wie in einem Land mit unserer Kultur, mit der ja auch ich aufgewachsen bin, der Nazi-Terror überhaupt möglich sein konnte. Wenn ich nun sage, daß alles-auch wenn es noch so schwer fällt-ausgesprochen werden soll, dann nicht, um nur Vergangenheit sichtbar zu machen, sondern vor allem, um künftiges Unheil zu verhindern

WAS TUN GEGEN

RECHTSEXTREMISMUS

UND NEOFASCHISMUS ?

Am 25.10.89 veranstaltete das **HERNER JUGENDAMT** für die MitarbeiterInnen der städtischen Jugendfreizeitheim eine ganztägige Fortbildungsveranstaltung unter dem Motto "Jugendliche und Rechtsextremismus-eine Aufgabe für die Jugendarbeit".

Schon das Motto der Veranstaltung gab die Richtung an, in die man zu diskutieren gedachte: Was heute bei vielen Jugendlichen zu beobachten ist, sei kein neuer Faschismus (dieser Begriff wird ausdrücklich als falsch und veraltet abgelehnt), es handele sich vielmehr um "Rechtsextremismus". So heißt es dann auch in der Einladung an die MitarbeiterInnen schlußsig:

"Nicht die Fortschreibung der NS-Ideologie und -Propaganda sei das eigentliche Problem, sondern die fehlende Antwort auf aktuelle Konfliktzonen und Krisenkonstellationen..."

In drei Arbeitsgruppen versuchten die MitarbeiterInnen der Herner Jugendfreizeitheim, obige "wissenschaftliche Er-

kenntnis" mit ihren Erfahrungen zu konfrontieren. Die erste AG beschäftigte sich mit der Biographie des R. Bornemann, der von anderen Skinheads ermordet worden war.

Die zweite AG handelte von "Heavys, Bombern und Skins", welche "vom Angebot der Jugendverbände und Jugendheime häufig nicht erreicht würden".

Die dritte AG stand unter dem Motto "Das multikulturelle Jugendheim", hier sollte über die "Schwierigkeiten und Chancen interkultureller Jugendarbeit" gestritten werden.

Zentraler Mangel dieses "sozialarbeiterischen" Ansatzes ist es, daß er das Element des "Politischen" völlig außer Acht läßt. Schon die völlige Ablehnung der Beschäftigung mit möglichen Verbindungslinien zwischen der Zeit des Hitlerfaschismus und der gesellschaftlichen Realität der heutigen Bundesrepublik zeigt die Mängel dieses Ansatzes. So wird das Phänomen "Skinheads" einzig aus der Perspektive "Skins sind jugendliche Verlierer und eigentlich Opfer dieser Gesellschaft" betrachtet. Was dazu führt, daß beispielsweise bei dem Fall des Hannoveraner Skins R. Bornemann die Nähe zur FAP

von untergeordneter Bedeutung bleibt. Ursache dieses Mangels des "sozialpädagogischen Ansatzes" ist die spezifisch sozialarbeiterische Selbsternennung zum "Helfer der Jugend", auf welche Hilfe so mancher Jugendliche aus guten

KANNST DEN ARZIM
RUNTER NEHMEN,
DU DUSSEL, ES
HAT AUFGEHÖRT
ZU REGNEN!



Gründen verzichtet, ist doch die Erfahrung von Kontrolle, Polizei und Staatsanwalt zu oft mit dem "sozialpädagogischen" Engagement verbunden. Aus dieser Perspektive wird nur allgemein "die Jugend" als Phänomen betrachtet, welche "orientierungslos angesichts der völligen Undurch-

schaubarkeit der modernen Welt" dastehe.

Ganz so orientierungslos sind die Jugendlichen allerdings nicht. Daß eine ziemliche Zahl von ihnen faschistische Politik unterstützen, liegt nicht speziell in ihrer "Jugendlichkeit" begründet, sondern in der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz des neuen Faschismus. Nicht zuletzt die "Dialogbereitschaft" mit dem neuen Faschismus trägt hierzu ein Stück bei.

Sicher, es gibt unter den jungen Neofaschisten eine ganze Reihe von "Getäuschten und Verführten", allerdings ist nicht einzusehen, warum diesen dadurch jegliche Eigenverantwortlichkeit für ihr Handeln abgesprochen werden soll. Wenn derartige "Verführte" aus ihrer Überzeugung heraus alltäglich Terror gegen alles und jedes, von der Ausländerin bis zum Punk, vom Skater bis zum Sozi, vom Schwulen bis zum farbigen Mitbürger auszuüben bereit sind, dann soll dagegen allerdings umgehend und energisch Widerstand geleistet werden.

Im Anschluß an die tagsüber durchgeführten Abendveranstaltungen fand abends im "Haus der Jugend" eine Veranstaltung mit **Wolfgang KAPUST**, Redakteur beim WDR, statt.

Zu Beginn zeigte Kapust seinen dokumentarischen Film "Deutschland, wir kommen! - Neonazis in Dortmund".

Auch hier ist der Titel schon Programm: Kapust informiert detailliert über die politischen Intentionen von Organisa-

tionen wie FAP, NPD und andere, zeigt Querverbindungen zwischen alten und neuen Nazis auf und vernachlässigt ebensowenig den speziellen Aspekt der "Milieubedingtheit" des Aufkommens neofaschistischer Gedanken.

Bezeichnend hier für die Zielsetzung des Jugendamtes ist eine "Episode" zu Beginn der Diskussion:

Während des Filmvortrags waren etwa 8 Mitglieder und Sympathisanten der Herner FAP eingetroffen. Sie machten sich schon während des Filmes durch Beifallsäußerungen bemerkbar, etwa wenn an einer Stelle des Filmes ein Dortmunder FAP-Anhänger behauptet, während der Nazi Herrschaft habe es "keinerlei Verbrechen" gegeben.

Zu Beginn der Diskussion forderten einige Mitarbeiter des Jugendamtes die "Gäste" auf, sich doch bitte an der Diskussion zu beteiligen - die zogen es jedoch vor, sich geschlossen zurückzuziehen - vermutlich befürchteten sie, sehr schnell dann doch den Saal verlassen zu müssen, wie es bisher in Herne auf antifaschistischen Veranstaltungen zumindest Konsens war. In der folgenden Diskussion kam es dann kaum zu Auseinandersetzungen, es bestand wohl auch kein Wunsch, problematische Fragen zu diskutieren. Haupttenor war, daß das Aufkommen des "Rechtsextremismus" ein "Bildungsproblem" sei - wenn es gelingt, allgemein die Bildung und Ausbildung der Jugend zu

verbessern, wäre das meiste schon gelöst. Auch der zaghafte Hinweis, daß bei den REPs heute eine ganze Reihe von



Professoren, höheren Angestellten und Lehrern organisiert sei, vermochte nicht, etwas Nachdenklichkeit in dieser Runde entstehen zu lassen. Erst zum Schluß der Veranstaltung, als einer der wenigen anwesenden Jugendlichen (insgesamt: vier) ziemlich verzweifelt fragte, welche Konzepte man ihm denn gegen den alltäglichen Terror seitens Skins und FAP-Leuten anbieten könne, herrschte ein wenig betretenes Schweigen. Das paßte eben nicht in das gewünschte pädagogische Konzept.

KOMMUNALWAHLEN IN NRW

REP in vielen Städten im Rat-Widerstand gegen Faschisten verstärken!

Die Kommunalwahlen in NRW haben der faschistischen Parteibildung einen neuen Schub gegeben. Zwar hatten auch die REP keine flächendeckende Kandidatur geschafft. Doch in sieben der 13 kreisfreien Städte, in denen sie kandidierten, erreichten sie Ratsmandate, ebenso in zwei der elf Landkreise, in denen sie zur Wahl standen. Gegenüber der Europawahl konnten sie in der Regel auch dort, wo sie keine Mandate erreichten, ihre Stimmen steigern und zumindest große Teile der Stimmen, die im Juni für DVU-Liste D und FAP abgegeben wurden, auf sich vereinigen. Die NPD erhielt in Wuppertal 3,2 % der Stimmen, die ÖDP lag zwischen 0,1 und 2,3 %.

Damit steht fest: Es ist nicht richtig, insbesondere die Stimmen für die REP noch als "Proteststimmen" zu bezeichnen. Ihnen ist es vielmehr gelungen, sich vor allem in den Großstädten eine Basis zu verschaffen, und dies ohne große Anstrengungen. Es ist bedrückend, daß der teilweise breit entwickelte antifaschistische Widerstand demgegenüber offensichtlich so gut wie nichts ausrichten konnte. Das Wahlergebnis wird den weiteren organisatorischen Aufbau der REP in NRW fördern und dazu beitragen, daß die bürgerlichen Parteien noch weiter nach rechts rücken.

Bei einer etwa gleich hohen Wahlbeteiligung wie 1984 verlor die CDU auf Landesebene stark. Nach einer Umfrage des Infas-Instituts kommt ein großer Teil der REP-Stimmen von hier. SPD und Grüne hielten sich, die FDP konnte deutlich Stimmen gewinnen und auch im Ruhrgebiet wieder in einige Stadträte einziehen.

Die DKP verlor auf Landesebene zwar Stimmen, doch ist dies vor allem der Tatsache geschuldet, daß sie das erste Mal seit langem nicht mehr flächendeckend kandidierte. Dort, wo sie kandidierte, erzielte sie oft Stimmengewinne. In Bottrop erreichte sie 9,3 % (1984: 8,5 %), in Gladbeck 8 % (6,7 %). Auch in Ahlen, Wülfrath und Gevelsberg sitzt sie nach wie vor in den Stadträten, nur in Hattingen verlor sie ihre Ratssitze. Auch die Ergebnisse der MLPD in Gelsenkirchen und Duisburg und der Dortmunder Linken Liste (DOLL) sind nicht schlecht.

Bereits am Wahlabend fanden in einigen Städten Aktionen gegen den Einzug der REP in die Stadträte statt. Dieser Widerstand muß verstärkt werden, vor allem durch eine Kampagne für das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen. Der Anteil ausländischer ArbeiterInnen an der Bevölkerung ist gerade in den Großstädten hoch, ihre Diskriminierung der entscheidende Ansatz der faschistischen Hetze. Daneben müssen Forderungen und Haltepunkte für eine antifaschistische Kommunalpolitik weiterentwickelt werden.

Von der SPD und den Grünen ist hier nichts zu erwarten, sie haben sich am antifaschistischen Widerstand kaum beteiligt. Umso wichtiger ist es, auch im Hinblick auf die Landtagswahlen im Mai 1990, die Zusammenarbeit der Kräfte zu verbessern, die sich auf Antifaschismus und Arbeiterinteressen beziehen. Da die Höhe der Wahlbeteiligung wichtig ist, wenn es darum geht, den Einzug von Faschisten in den Landtag zu verhindern, müßte eine solche Zusammenarbeit auch bei der Stimmabgabe zum Ausdruck gebracht werden können. Dies wäre z.B. möglich, wenn es eine offene Liste der DKP gäbe.

(aus: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 21, v. 13.10.89)

ZWEI TRADITIONEN-EINE UTOPIE

Zur aktuellen Krise der antifaschistischen Bewegung

Nicht erst seit den jüngsten Wahlerfolgen der REPs in Baden-Württemberg ist deutlich geworden, daß die antifaschistische Arbeit in einer Krise steckt. Deutlichstes Symptom dieser Krise ist die allerortens gestellte Frage: "Was haben wir falsch gemacht? Warum haben wir diesen Vormarsch nicht verhindern können?"

Hier soll jetzt nicht auf die vielfältigen Probleme und Fragen eingegangen werden-sicher, im Zentrum der augenblicklichen Auseinandersetzungen steht

die Frage, ob der "traditionelle Antifaschismus" nicht gescheitert ist, diese Frage wird mit großer Vehemenz von Grünen und Sozialdemokraten gestellt. Dazu an anderer Stelle eine ausführliche Antwort, hier nur soviel: Wo nehmen eigentlich diese Kritiker von den Grünen und der Sozialdemokratie das Recht her, die Aufgabe der Verhinderung des aufkommenden Neofaschismus jahrelang an "die AntifaschistInnen" zu delegieren und dann, wenn der Neofaschismus tatsächlich größere Erfolge erzielt (was von "den AntifaschistInnen, nebenbei gesagt, seit Jahren prophezeit wurde), auch noch die Verantwortung für dieses Erstarken "den AntifaschistInnen" anzulasten. Müßten sie nicht zumindest mit gleichem Recht ihre eigenen Politikkonzepte ebenfalls für gescheitert erklären?

Wir meinen: Der "traditionelle" Antifaschismus ist nicht gescheitert, nichtsdestoweniger gilt es aber, sich mit der vorhandenen Krise auseinanderzusetzen. Wir wollen uns in diesem Artikel ausdrücklich mit **einem** Aspekt dieser Krise beschäftigen:

Krise der antifaschistischen "Aufklärungs"-Arbeit

So richtig und verdienstvoll sicher die bisherige theoretische und aufklärerische Arbeit der AntifaschistInnen war, es haftete ihr ein wichtiger Mangel an: Sie beschränkte sich in der Haupt-

seite auf die analytische, wenn sie besser war, auf ansatzweise argumentative Tätigkeit. Aber es war eine Illusion zu meinen, wenn nur ausführlich genug der theoretische Nachweis geführt war, daß das Programm der REPs neofaschistisch ist, würde dies auch schon von den BürgerInnen nachvollzogen sowie die Notwendigkeit, gegen REPs aktiv zu werden, eingesehen.

Der Fehler eines solchen Konzepts liegt darin, daß es die Menschen nicht in ihrer realen gesellschaftlichen und in ihrer historischen Wirklichkeit anspricht, sondern sie auf ein Element ihres "Daseins" reduziert, eben auf die Fähigkeit, rational zu denken.

Das reicht nicht aus!

Wir möchten einige Vorschläge machen, die darauf zielen, die Menschen wieder stärker als Menschen in einer **historischen und kulturellen** Bezogenheit zu sehen.

Zwei Traditionen

Wir meinen, daß es hauptsächlich zwei Traditionen sind, an denen wir anknüpfen müssen: Die Tradition der demokratischen Bewegung und die Tradition der Arbeiterbewegung.

Es ist schon auffallend gewesen, daß im Jahr 1989, der zweihundertsten Wiederkehr des Jahrs der französischen Revolution, in Deutschland (West wie Ost) so gut wie keine breite Diskussion über die Ziele und Ergebnisse der bürgerlich-demokratischen Revolution stattfindet.

Und dabei gibt es hier einen reichen historischen Fundus, der wiederentdeckt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte.

Warum weiß kaum jemand, daß es auch in Deutschland Jakobiner gegeben hat?

In einem jakobinischen Flugblatt, das 1794 in Nürnberg verbreitet wurde, damals einem Zentrum revolutionärer Bestrebungen, heißt es beispielsweise:

"Schon verbieten sie freundschaftliche und unschuldige

Zusammenkünfte; schon senden sie Spionen aus, schuldlose Bürger zu belauschen und sie wegen einiger unbedacht-samer und freier Worte zu fahen, um sie in den Kerker werfen und ihnen ihre Habe abnehmen zu können; schon ver-bieten sie Leihbibliotheken, Lesege-sellschaften, Akademien, Konzerte, usw.; schon

stören und verhindern sie, soviel an ihnen ist, allen Gedankenumlauf und al-len Ideenwechsel; schon heben sie alle Druck- und Preßfreiheit auf; schon ver-schließen sie die Schulen, damit die Menschen dumm bleiben und Sklaven bleiben (bis) in...!(...)Wie lange, o deut-sche Nation, wirst du dich noch mißhan-deln lassen?"

Die Wiederentdeckung der Geschichte des demokratischen Kampfes als Kampf der Unterdrückten gegen die Herrschenden, der bis heute sich fort-setzt, sollte Teil unserer antifaschisti-schen "Aufklärung" werden.

Zum zweiten mangelt es unserer "Auf-kklärungsarbeit" an einem Element, wel-ches wir antifaschistisches "Ge-schichts-Bewußtsein" nennen wollen. Oft wird über die Naziherr-schaft und den Widerstand der Arbei-terbewegung in heroisierender oder musealer Weise berichtet. In den Schu-len wird auch diese Zeit durch die pä-dagogische Maschinerie gedreht und vertrocknet und unlebendig auf die SchülerInnen herabrieseln lassen. Das reißt natürlich keinen vom Hocker!

Stattdessen sollten die Beispiele des Arbeiterwiderstands gegen den Hitler-faschismus lebendig ausgebreitet wer-den.

So können die Erzählungen über die Edelweißpiraten, über den Hitleratten-täter Elser, die Romane von Jan Peter-sen (z.B. "Unsere Straße") und vieles mehr genutzt werden, um bei vielen Ju-gendlichen ein Bewußtsein der **Fortsetzung antifaschistischen Kampfes** in der Tradition des Kamp-fes gegen den Hitlerfaschismus ent- stehen zu lassen.

Neben dem Blick zurück mangelt es un-seres Erachtens in der Antifa-Beweg-ung nach wie vor, und noch stärker als bei der Rückschau, an einem Blick nach vorn.

Eine Utopie

Sicher, wir leben in finsternen Zeiten, und der Blick in die Zukunft fällt schwer, angesichts der weltweiten Be-

drohung durch Umweltzerstörung und Klimakatastrophe, angesichts der scheinbar sich auf ewig fortsetzenden Stärke des Kapitalismus, sich zu moder-nisieren, angesichts der vollständigen Krise des Sozialismus oder sonstiger Alternativen zur kapitalistischen Ge-sellschaft.

Und wenn dann noch jemand von "Uto-pie" sprechen will, und das noch im Sin-ne Blochs, der als "konkrete Utopie" die in den vorgefundenen Verhältnissen wirkenden Hoffnungen und Wünsche der Menschen als Triebkräfte für zukünftige Alternativen entdeckte, dann scheint das relativ unzeitgemäß.

Seien wir unzeitgemäß!

Neben dem aufkommenden Faschismus und seiner Wiederbelebung des Natio-nalismus haben wir in unserem Land **auch** das Entstehen einer neu-en, internationalistischen, antinationa-

len Kultur und eines solchen Politikver-ständnisses, welches zwar erst in Ansät-zen erkennbar ist, aber sehr viel mehr an Möglichkeiten der Verbreiterung und Erneuerung unseres gesellschaftlichen Lebens in sich birgt.

Neben dem scheinbaren Resignieren der Arbeiterbewegung, neben ihrer von einigen schon behaupteten Gesamtauf-lösung entstehen in Europa ansatzweise über die Grenzen hinausreichende Ini-tiativen, die sich der Tendenz nach ge-gen die weitere Monopolisierung der europäischen Kapitale richtet.

Zwar gibt es auf der einen Seite in die-ser "postmodernen" Computergesell-schaft eine extreme Entfremdung des einzelnen, aber ebenso stark ist der Wunsch im Entstehen begriffen, dage-gen "existenzielle Gegenpole" zu er-richten. Noch nie war der Wunsch nach "Rockkonzerten", kulturellen Ver-anstaltungen aller Art und dem "kollektiven" Erleben solcher Veranstaltungen so stark wie heute (man besuche nur einmal eine der Vorführungen eines der populären Filme unserer Zeit).

Wir behaupten: In all diesen Erschei-nungen stecken Elemente "konkreter Utopie", um die gerade wir Antifaschi-stInnen uns zu kümmern haben. Denn nicht zuletzt **auf diesem** Gebiet wird die Hauptauseinandersetzung im Kampf gegen den aufkommenden Fa-schismus verlaufen: Diese sind uns in ei-ner ganzen Reihe von Punkten voraus. Laßt uns gemeinsam den Kampf um unsere Zukunft aufnehmen.

WALTER JENS : WIR EXTREMISTEN

Machen wir einander nichts vor. Es hat in unserem Land, von Lessing bis zu Heinrich Mann, von Forster bis zu Brecht zwar Literaten gegeben, die ihr Handwerk als ein politisches Handwerk verstanden; aber eine Tradition aufklärerischer, realitätsbestimmter und realitätsbestimmender Literatur gibt es nicht: Wenn wir's nicht wüßten, dann erfahren wir's jetzt - in diesem Augenblick, wo, im Zeichen des Neokonservatismus, Literatur wieder einmal auf "Dichtung" reduziert werden soll. Dichtung als Alibi, als Kulturausweis, als schöner Schein und holde Irrealität. Kunst, an der man sich ergötzen könne nach des Tages Last. Kunst, wie sie der Streichquartettspieler Heydrich verstand oder der Wachmann von Auschwitz, in dessen Wohnzimmer die Uta von Naumburg hing, neben dem Dürerschen Hasen. Das Gütezeichen der Poesie als Siegel einer Politik, die nicht gestört werden will. Dichtung als absicherndes Element einer Emanzipation verhindernden Praxis: diesem Versuch, uns in Dienst zu nehmen, muß unser Widerstand gelten. Ein Widerstand freilich, der nur dann erfolgreich sein kann, wenn wir dreierlei nie aus den Augen verlieren.

Wir dürfen, zum ersten, nicht wehleidig sein: Selbst der infamste Angriff-Böll und Walser als Helfershelfer der Anarchisten ehrt uns mehr als der Applaus, den man denjenigen zollt, die nichts als Hofnarren sind; Kabarettisten, deren Aussagen politische Relevanz nur im Sinne der Herrschenden haben; als Alibi, daß Meinungsfreiheit regiert. Ein Siemens-Konzern, der vor Gericht gehen muß, bestätigt die Wirksamkeit von Literatur. Ein Konzern, der Delius durch den Bundesverband der Deutschen Industrie auszeichnen läßt, bescheinigt, daß Poesie einflußlos ist. Dies ist das eine.

Das zweite: Wir Schriftsteller, die wir uns als bürgerliche Demokraten verstehen, sollten die Behauptung unserer Gegner, daß wir radikal seien, nicht als Beschimpfung, sondern als Ehrenerklärung verstehen. Jawohl, wir sind radi-

kal, radikal im Denken und radikal in der Absage an die Gewalt. Wir verweisen darauf, daß mit dem Begriff "radikal" jene republikanischen Autoren ausgezeichnet wurden, die, statt nur Symptome zu heilen, dem Übel an die Wurzel gehen wollten. "Daher muß eigentlich

jeder, welcher die Unvollkommenheit eines gegebenen Zustands erkennt und auf Heilung desselben sinnt, ein Radikaler sein." Das ist kein Zitat aus einem sozialistischen Pamphlet, das ist ein Zitat aus Brockhaus Conversationslexikon von 1836. Heute freilich klingt anders; aber daß es anders klingt, zeigt nur, in welchem Umfang interessierte Kreise dabei sind, jene fortschrittlichen Elemente bürgerlicher Überlieferung zu verleugnen, die zu betonen unsere, der Schriftsteller, Aufgabe ist. Nicht gegen uns, sondern gegen die im-



Theodor Hosemann - Der 19jährige Schlossergeselle Wilhelm Glasewald und der 17jährige Schlosserlehrling Ernst Zinna verteidigen die Barrikade an der Jäger-/Ecke Friedrichstraße in Berlin. 18. März 1848 (Lithographie)

mer mächtiger werdende Reaktion in diesem Land spricht es doch wohl, wenn Anno 1974 Parolen als "ultralinks" und "radikal" eingestuft werden, die in Wahrheit zum Topen-Arsenal des republikanischen Liberalismus gehören. Ist es unsere Schuld, die Schuld der Schriftsteller, daß sich die Präambel des Ahlener Programms heute ausnimmt, als hätte einer der unseren, der Schriftsteller Karl Marx, sie geschrieben? Haben wir zu verantworten, daß ein Satz wie dieser: "Nur die Association der Besitzlosen kann bewirken, daß Menschen aufhören, bloße Maschinen anderer zu sein. Die lebende Arbeit darf nicht länger dem toten Capital untertan sein"-heute als klassenkämpferische Sentenz verhöhnt würde? Dabei wurde es 1849 geschrieben und stammt von einem Mediziner, der zugleich ein großer Schriftsteller war: von Rudolf Virchow. Und nun der letzte Punkt: Eine solche Tradition ernst zu nehmen, heißt aber auch, sie nicht museal zu verwalten, sondern sie zu einem Element der Beunruhigung umzufunktionieren. "Das Thema der Kunst ist", sagt Brecht, "daß die Welt aus den Fugen ist." Das heißt, unter dem Aspekt des cui bono, jene Widerborstigkeit, jene subversiv wirkende Fremdheit und jenen Überschuß im Blochschen Sinne zu betonen, der Poesie zu einem Politikum macht.

Es heißt: Literatur als eine Bewältigung von Wirklichkeit zu begreifen, der es gelingen kann, mit Hilfe einer gesellschaftlich definierten, aber auch Gesellschaft transzendierenden Phantasie, Alternativen zum Bestehenden auf-

zuweisen und konventionelle Erfahrung in Frage zu stellen.

Es heißt aber auch- und vor allem!-, Literatur in den Dienst derer zu stellen, die sie mit neuem und frischem Blick anschauen und in Frage stellen können, derjenigen also, die man, obwohl sie Arbeit geben, als Arbeitnehmer bezeichnet.

Es heißt, sich an die These Rosa Luxemburgs zu erinnern, daß der Sozialismus keine "Messer- und- Gabel- Frage" sei und daß nicht zuletzt die Arbeiter ein Interesse daran hätten, die Kunst in Gemeinbesitz zu überführen.

Und es heißt schließlich und sehr konkret: Als Gewerkschaftler unter Gewerkschaftlern denen unsere Hilfe anzubieten, die sich, wie wir, die Frage vorlegen, was wohl der Grund sein mag, daß es in unserem Land zwar eine Bundeswehrhochschule gibt, aber keine Gewerkschaftshochschule, und warum in Harzburg eine Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft besteht, während von einem effizienten Gegenmodell (einem Modell, an dessen Formierung wir Schriftsteller mitwirken könnten) bis jetzt nichts bekannt ist. An Möglichkeiten, zur Alphabetisierung der Bevölkerung beizutragen (wie Enzensberger das einmal genannt hat), ist wahrlich kein Mangel, und niemand braucht zu fürchten, daß er bei diesem Versuch, Literatur demokratisch zu transformieren, zum Funktöner werden müßte.

(November 1974; Rede vor dem Schriftstellerkongreß in Frankfurt/Main)

ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
 Humboldtstraße 44 · 4600 Dortmund 1
 Telefon (02 31) 14 16 89

ERSTE POSITIONEN DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES ZU DEN REPUBLIKANERN

1. Ziele der Republikaner

Die Republikaner sind keine programmatisch gefestigte Partei. Ihre Forderungen bestehen vielfach aus politischen Gemeinplätzen, politischen Maximalforderungen und simplen Rezepten. Die programmatischen Aussagen sind politisch nicht aufeinander abgestimmt und fügen sich nicht zu einer Gesamtkonzeption zusammen.

Dies hat zweierlei zur Folge: Die Plakatierung eingängiger, populistischer Parolen machte die Republikaner als Protestbewegung für weite Bevölkerungskreise wählbar. Auf der anderen Seite macht die fehlende Festlegung auf ein wirklich klares und eindeutig zuzuordnendes ideologisches oder politisches Konzept eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Republikanern nicht leicht.

Dennoch läßt sich anhand der bisherigen programmatischen Aussagen und Forderungen der Republikaner diese Partei als antidemokratisch, rechtsextremistisch und nationalistisch einordnen. Dies wird insbesondere an folgenden Punkten deutlich:

Die Republikaner verharmlosen nationalsozialistische Verbrechen.

Charakteristisch für die deutsch-nationale, rechtsextremistische Grundhaltung der Republikaner ist deren Verhältnis zur deutschen Geschichte. In ihrem Programm von 1987 heißt es:

"Auch die von der Union geführte Regierung fixiert die deutsche Vergangenheit weiterhin auf zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Sie tut nichts, um mit der Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen zu beginnen. Die Kriegspropaganda der Siegermächte ist in unsere Geschichtsbücher eingegangen, und ihre Übertreibungen und Fälschungen müssen von der Jugend weitgehend ge-

glaubt werden, da eine objektive Geschichtsschreibung immer noch nicht in vollem Umfang ermöglicht wird."

Die Republikaner schüren Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß

Ein zentraler Ansatzpunkt der politischen Agitation sind bei den Republikanern die Themen Ausländer und Asylsuchende. Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit wird geschürt, Ausländer und Asylsuchende zu Sündenböcken für die Wirtschaftskrise abgestempelt.

Im Programm der Republikaner heißt es:

"Die Bundesrepublik Deutschland... muß das Land der Deutschen bleiben. Ausländer sind Gäste. Dieses schließt, wie in der Schweiz, unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Dauer-aufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus... Ausländer, welche gegen die Gesetze verstoßen, werden nach zeitlich befristetem Rechtsverfahren ohne Verzug ausgewiesen. ...

Asylbewerber können Asyl erhalten, wenn sie politisch Verfolgte sind. Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit müssen festgelegt und eingehalten werden. ..."

Die Republikaner wollen die Pressefreiheit einschränken.

Im medienpolitischen Teil ihres Programms werden die Republikaner deutlich. Sie wollen die Presse- und Meinungsfreiheit weitgehend einschränken:

"Falls die Selbstkontrolle der Medien mit ihrer in der Öffentlichkeit und Politik inzwischen gewonnenen unbegrenzten Machtstellung weiterhin versagt, werden wir für die Schaffung partei- und gruppenunabhängiger Kontrollorgane zum Schutz des von Einschüchterung und Verschmutzung der geistigen Umwelt bedrohten Freiheitsraumes des Bürgers sorgen."

Die Republikaner wollen die Gewerkschaftsarbeit beschränken und die Tarifautonomie zerschlagen

Nach dem Programm der Republikaner sollen die Gewerkschaften

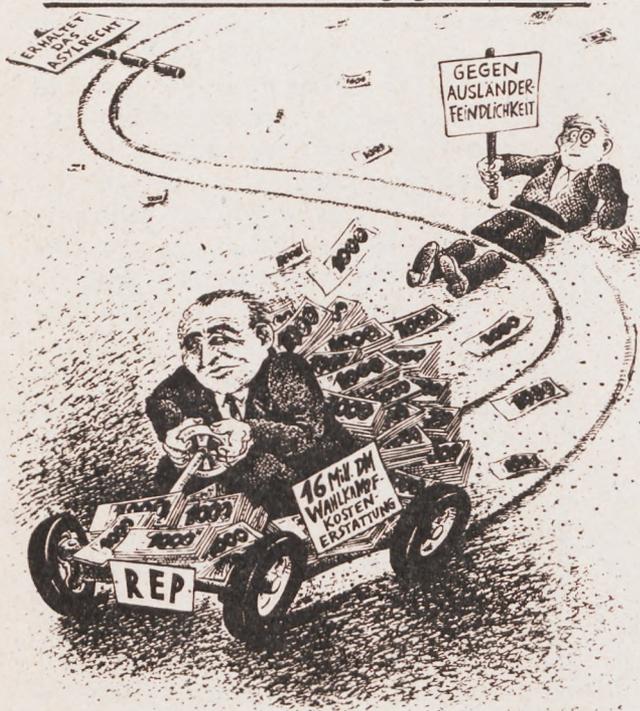
"in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken".

In einem zentralen Flugblatt ("Die preistreibende Tarifpolitik führt die deutsche Volkswirtschaft in eine Sackgasse...") werden sie deutlicher:

"Die Republikaner werden das Kartell der "Tarifautonomie" von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Arbeitsjustiz und Parteien durch eine allen Arbeitenden verantwortliche "konzertierte Aktion" unter Einbindung der sich vor der Verantwortung drückenden Regierung brechen..."

2. Die Partei

Die Partei wurde 1983 gegründet u.a.



Karikatur aus der Mitgliederzeitung der IG Medien

von einem ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten, der den Republikanern nach parteiinternen Querelen heute aber nicht mehr angehört. Am 26.01.1983 wurde das erste "Grundsatzprogramm" verabschiedet. Es ist wesentlich länger und unpopulärer formuliert als das zur Zeit aktuelle Programm von 1987.

Damit wird auch der Wandel gekennzeichnet, den die Partei in wenigen Jahren vollzogen hat. Dieser Wechsel ist in engem Zusammenhang mit dem jetzigen Vorsitzenden, Franz Schönhuber, zu sehen, der sich bemüht, seiner Partei durch sein Auftreten den Geruch des Verbotenen und Unseriösen zu nehmen. Schönhuber ist es zudem gelungen, aus einer kurvenreichen politischen Biographie den scheinbar positiv klingenden Schluß zu vermitteln: "Ich bin ein geläuterter Patriot". Ihm ist auch nicht das Etikett anzuhängen, daß er ausschließlich in den Fußstapfen der Ewig-Gestrigen nach Nationalsozialisten oder Neonazis als Mitglieder- und Wählerpotential Ausschau hält. Vielmehr hat er die Brücke zur konservativen Wählerschaft geschlagen. Deshalb ist es für die Republikaner notwendig, sich von anderen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen zu distanzieren. Die Republikaner wollen als seriöse rechte Alternative zum bisherigen Parteienspektrum Anerkennung finden. Ein Versuch, der bisher offenbar weitgehend gelungen ist.

Die übrigen Funktionäre verblassen gegen den Vorsitzenden fast völlig und treten vergleichsweise selten in der Öffentlichkeit auf. Sie kommen vornehmlich aus dem Lager von NPD, anderen rechten Gruppierungen oder der CDU und CSU. Oft haben sie schon mehrfach die Partei gewechselt, wie z.B. der Berliner Landesvorsitzende Andres, der Mitglied von FDP und vorher von CDU war.

Zur Zeit besteht nach eigenen Aussagen noch kein flächendeckend organisierter Parteiapparat. Franz Schönhuber hat bereits vor den Europawahlen angekündigt, daß mit den zu erwartenden Wahlkampfkosten-Erstattungsgeldern daran gegangen werden kann, eine schlagkräftige Parteiorganisation aufzubauen.

Die Finanzierung der Partei ist bis auf weiteres als sicher anzusehen. Bei der Europawahl gab es bei dem Stimmenanteil von über 7 % eine Wahlkampfkosten-Erstattung von 16,1 Millionen DM. Bei ähnlichen Wahlergebnissen in nächster Zeit können die Republikaner bis Ende 1990 mit weiteren 40 bis 60 Millionen DM rechnen. Damit steht ihnen erheblich mehr Geld für Propaganda zur Verfügung.

3. Die Wähler

Gerade nach den Ergebnissen der Europawahl scheint Vorsicht mit einer vorschnellen Charakterisierung der Wähler angebracht. Zu groß sind die Unterschiede zwischen Kommunal-, Landtags- oder Europawahlen.

Die Ergebnisse der Europawahl haben andererseits die Befürchtung bestätigt, daß es sich bei den vorausgegangenen Wahlerfolgen der Republikaner nicht um rein landes- oder ortsspezifische Ergebnisse handelt, sondern daß ein grundsätzlich vorhandenes Wählerpotential für Republikaner (aber auch für die Deutsche Volksunion und die NPD) besteht. Zur Zeit lassen die vorliegenden Wahlanalysen nicht zu, von einem klar definierbaren Wählerpotential der Republikaner zu sprechen. Sie lassen vielmehr den Schluß zu, daß Wähler der Republikaner aus unterschiedlichen Bereichen kommen:

-Ein Protestpotential von Wählern der heutigen Bundestagsparteien. Analysen der Wählerströmungen zeigen, daß aus allen politischen Lagern, vornehmlich jedoch aus dem Lager der Unionsparteien, Wähler zu den Republikanern übergewechselt sind.

-Ein Großteil des Wählerpotentials kommt aus sozial benachteiligten Schichten und Schichten mit mittlerem bis unterem Bildungsniveau.

-Nach den Ergebnissen der Europawahl in den einzelnen Bundesländern ist davon auszugehen, daß zum bis dahin vermuteten Wählerpotential zusätzliche Gruppierungen hinzustoßen. Dies könnte aus dem Bauernbereich sein, dessen Unzufriedenheit über die deutsche Agrarpolitik auf EG-Ebene bekannt ist.

-Überdies muß nach wie vor von einem nennenswerten Prozentsatz der "Ewig Unbelehrbaren" ausgegangen werden. Bei diesem Teil der Wähler ist zu vermuten, daß die programmatischen Aussagen der Republikaner am bewußtesten und in ihrer Gänze befürwortet werden.

-In der Wählerschaft der Republikaner sind die Jung- und Erstwähler überdurchschnittlich vertreten. Es gibt jedoch wesentlich weniger junge Frauen als junge Männer, die den Republikanern ihre Stimme geben.

Die offenbar unterschiedliche Zusammensetzung der Wählerschaft ist durchaus im Zusammenhang mit dem jetzigen Parteiprogramm und den populistisch gehaltenen Reden der Parteiführer zu sehen.

Schluß mit den ewigen
Kompromissen: dieses Mal
wähl ich das größte Übel



4. Schlußfolgerungen

Die Heterogenität der Wählerschaft ist Ausdruck dafür, daß die Republikaner in der Gesamtbevölkerung bereits sehr stark akzeptiert sind. Die Wählerschaft ist kein monolithischer Block, der leichter in der politischen Diskussion auszuschotten wäre.

Diese Heterogenität bestimmt auch die kurz- bis mittelfristigen Perspektiven für die politische Arbeit gegen die Republikaner. Es muß gelingen, diejenigen, die den zur Zeit einfachen Lösungsvorschlägen der Republikaner folgen, zu ihren jeweiligen thematischen Schwerpunkten anzusprechen und gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Notwendig ist hierfür eine andere Politik, die die Ursachen der Wahlerfolge der Republikaner bekämpft. Dazu gehören soziale Probleme, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot sowie der Glaubwürdigkeitsverlust der etablierten Politik.

Es ist davon auszugehen, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit Republikanern und anderen rechtsextremen Parteien über einen längeren Zeitraum geführt werden müssen.

5. Aufgaben für die Gewerkschaften

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß der DGB 1969 einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die NPD und 1987 Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die DVU und die FAP gefaßt hat.

Aus der personellen und inhaltlichen Nähe bzw. Überschneidung der Republikaner und ihres Programms mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien resultiert die Tatsache, daß in der Mitgliedschaft über einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Republikaner diskutiert wird.

Ein solcher Beschluß darf jedoch nicht zu Beginn einer intensiven Auseinandersetzung mit den Republikanern und ihren politischen Vorstellungen stehen, sondern muß wenn er gefaßt wird das Ergebnis einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung sein.

Überdies wäre ein zum jetzigen Zeitpunkt gefaßter Unvereinbarkeitsbeschluß möglicherweise ein falsches Signal in der Mitgliedschaft, die damit die Auseinandersetzung mit den Republikanern als beendet ansehen könnte.

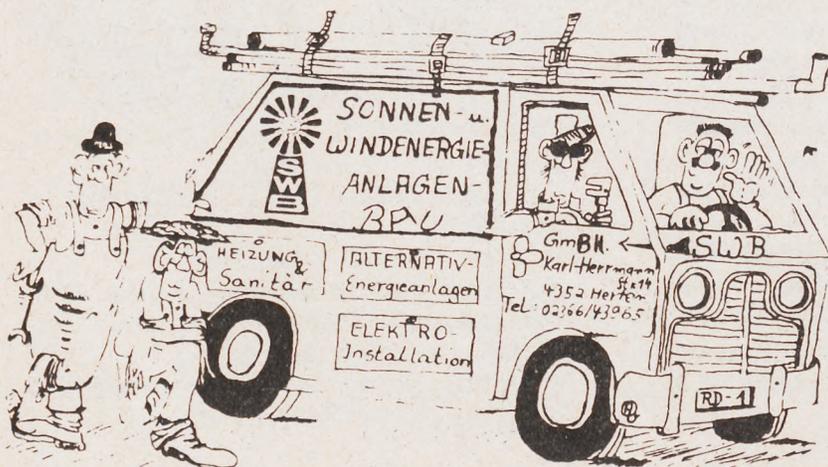
Für die Gewerkschaften ist die Auseinandersetzung mit den Republikanern kein Kampf um Wählerpotentiale, dies ist Aufgabe der Parteien.

Aber als gesellschaftlich gestaltende Kraft haben die Gewerkschaften die Aufgabe, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Republikaner zu führen. Deshalb werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen "Dialog der Demokraten" organisieren. Die Ablehnung der politischen Vorstellungen der Republikaner muß jedoch aus einem positiven Politikansatz insbesondere in den Folgen der So-



zial- und Ausländerpolitik herühren.

Seitens des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften müssen für die offensive Auseinandersetzung mit der Politik der Republikaner Argumentationsmaterialien erarbeitet werden.



Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. V.i.S.d.P.: W. Englisch, Oerweg 28, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/26345. Redaktionsanschrift: Deutsch-Türkischer Verein Recklinghausen e.V., Am Steintor 5, 4350 Recklinghausen. Redaktionsitzung: Mittwochs, 17.00 Uhr, Haus des Deutsch-Türkischen Vereins. Bankverbindung: Stadtsparkasse Recklinghausen, BLZ 426500, Konto Nr. 10002293. Auflage: 600. Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T., Eckhard, Ingrid, Falke, Antje, Klaus, Petra, Rolf, Ruth, Dieter, Sie glinde und Ralf. Druck: druckwerk, Penningskamp 12 a.46 Dortmund 30.

PARTEITAG DER NATIONALISTISCHEN FRONT IN DETMOLD

Am Samstag, dem 7. Oktober, führte die **Nationalistische Front (NF)** in ihrem Haus in Detmold-Pivitsheide einen Bundesparteitag durch. Dagegen wurden am Freitag und am Samstag Blockadeaktionen durchgeführt.

Am **Freitag** versammelten sich rund 800 AntifaschistInnen am Zaun vor dem Haus. Schon hier machte sich der desolate Zustand der Organisation der Protestaktionen bemerkbar, der die gesamte Zeit über andauern sollte. Das Haus wurde beschimpft und beworfen, vereinzelt erhellten Leuchtraketen das Gelände. Die Bullen ließen es sich nicht nehmen, Knüppel und Reizgas einzusetzen.

Während der zwei

Tage schien es oft so, als wären konsequente DemonstrantInnen der BürgerInnen ein größeres Problem als die Faschisten und die sie rücksichtslos schützende Polizeimacht. Die sogenannte Mahnwache wurde am Freitagabend vorzeitig abgebrochen, da viele Leute, nicht wissend, was sie dort eigentlich sollten, abzogen. Ein Teil der Leute diskutierte noch bis in die Nacht hinein, wie am nächsten Morgen der Druck auf die Faschisten vergrößert werden könnte. Beschlossen wurde, daß der Lautsprecherwagen direkt am Zaun vor dem Haus stehen sollte, daß Transparente gemalt und anständig Krach produziert werden sollte. Vielen war klar, daß es schwierig werden wür-

de, über mehrere Stunden einen Druck zu entfalten, der den Parteitag massiv stören konnte. Auch war unklar, wie weiteren Faschisten bei einem derartigen Bullenaufgebot (1500 ?) der Zugang zum Gelände versperrt werden könnte.

Am nächsten Morgen wurde der LKW (auf dem die Lautsprecher noch nicht montiert waren) von ca. 100 Leuten von einem nahegelegenen Parkplatz zur Quellenstraße, wo sich das Nazihaus befindet, begleitet. Die Quellenstraße wurde von einer Handvoll Bereitschaftspolizisten blockiert, die weder LKW noch DemonstrantInnen aufhalten konnten. In der Quellenstraße, kurz vor der Nazivilla, stoppten die Bullen jedoch den Zug, zerschlugen die Türscheibe des LKW, zerrten den Fahrer brutal heraus und fesselten ihm, auf die Knie gezwungen, die Arme auf dem Rücken. Vier weitere Menschen wurden bei dieser Aktion ähnlich festgenommen. Unter anderen ein Demonstrant, der durch das einzige vorhandene Megaphon eine Durchsage machen wollte. Die DemonstrantInnen, die jetzt vor und hinter dem LKW eingekesselt waren, waren nun reizgas-sprühenden und knüppelnden Bullen ausgesetzt.

Was nun eintrat, war nichts anderes als eine Fortsetzung der Konfusion des Vorabends. Als

Erfolg ist lediglich zu vermerken, daß keine weitere Person verhaftet werden konnte. Vorwand für Verhaftungen sollten vereinzelt Würfe von Flaschen und Farbbeuteln gegen das Haus sein. Sie konnten durch das geschlossene Auftreten der DemonstrantInnen verhindert werden, die dafür wiederholt Knüppelschläge und Reizgas hinnehmen mußten. Die erwarteten Massen (7000) blieben aus. Es wurden nicht mehr Leute als am Vortag. Das von der BI veranstaltete Kulturprogramm fand ohne Publikum auf einer benachbarten Wiese statt. Nach der einzigen Rede gegenüber dem Hauseingang bröckelte die Demo immer weiter ab. Gegen 15.00 Uhr zogen dann viele halbwegs geschlossen ab, um gemeinsam zu diskutieren.

Diskutiert wurde mit ungefähr 100 Menschen darüber, ob noch vor dem Polizeipräsidium oder in der Innenstadt von Detmold demonstriert werden sollte. Die Demoralisierung war jedoch so weit fortgeschritten, daß es zu beidem nicht mehr langte. Es wurden nur noch Grußtelegramme an die Gefangenen übermittelt, die diese nicht mehr erreichten, da sie gegen 18.00 Uhr freigelassen wurden.

Derweil nahm der Parteitag der NF seinen Lauf.

blick nach draussen

Hamburg, 3.10.89

Am 2. Oktober hat Hamburgs Innensenator mehrere Hundert Roma mit Polizeigewalt von dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme verjagen lassen, Kultursenator von Münch hatte Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Stundenlang sind die Roma dann von Bergedorf zum Rathaus gezogen und bekamen vor dem Rathaus den Polizeknüppel zu spüren bei dem Versuch, die Verantwortlichen für die Räumung persönlich aufzusuchen. Mehr als vier Stunden haben sie vor der Polizeisperre in der Kälte auf dem Boden gehockt - es kam keiner. Jetzt sind sie in der Friedenskirche untergekommen.

Bevor die Roma den Klinkerbau auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme besetzt hatten, konnte der Senat davon ausgehen, daß Kälte, Nässe, Hunger und sich ausbreitende Krankheiten ihnen den Garaus machen würden. Schließlich hatte die offizielle Isolierung fast perfekt geklappt: Der Arbeitersamariterbund hat schnell die Unterstützung eingestellt, das Rote Kreuz sein Herz sowieso an die DDR-Abgeworbenen verschenkt, die Hamburger Presse hatte nur Platz für großdeutschen Taumel, und Neuengamme war weit.

Das Campieren auf dem Gelände in Neuengamme hatte auch symbolischen Wert. Die RCU (Roma und Cinti-Union) hatte darauf gebaut, daß die Sozialdemokratische Partei in Hamburg es nicht wagen würde, Roma und Sinti, die alle Familienangehörige in den KZs des deutschen Faschismus verloren haben und immer noch Opfer rassistischer Vorurteile und von Verfolgung in ganz Europa sind, von dem Gelände mit Polizeigewalt zu vertreiben. Ein Irrtum, den sich jeder merken muß. Und in der Presseerklärung zur Räumung dann auch noch Hohn für die Opfer der Vertreibungspolitik: "Aber auch und gerade angesichts der deutschen Verantwortung für das, was in der NS-Zeit geschah, ist die



Instrumentalisierung einer Gedenkstätte zur Ausübung massiven Drucks auf den Staat unzulässig... Das Leid der Sinti und Roma in der NS-Zeit berechtigt nicht zu rechtswidrigen Handlungen heute. Die Initiatoren der Besetzung versuchen, die kollektive Scham der Deutschen für ihre PR-Zwecke zu mißbrauchen."

Die Gedenkstätte gehört den Opfern des Faschismus und allen Antifaschisten, dem Senat gehört sie jedenfalls nicht. Die Roma benutzten sie genauso, wie es sich gehört: als Gedenken an ihre Opfer und als Schutz vor weiterer rassistischer Verfolgung. Das wochenlange Ausharren trotz Kälte und Krankheiten und unter unzumutbaren Bedingungen als "Public Relation"-Gag zu diffamieren, zeigt überdeutlich, für wen Scham - auch die ganz persönliche - ein Fremdwort ist: Hackmann, von Münch, und Co.

Dortmund, 2.10.89

Bei der Kommunalwahl 1989 in Dortmund mußten die Ratsparteien gegenüber der Wahl von 1984 Verluste hinnehmen: Die CDU sank von 30,68 auf 25,69 %, die SPD von 55,39 auf 52,87 %, die Grünen von 10,79 auf 9,75 %. Die FDP blieb auch diesmal draußen (3,95 %). Neu zogen Faschisten (REP) mit fünf Sitzen ins Rathaus ein. Mit 6,31 % (17 394 Stimmen) überboten sie noch ihr Ergebnis von der Europawahl (5,9 %) und erreichten in den vier Nostadtbezirken jeweils zwischen 10 und 12 %.

Gegen den Einzug der REP ins Rathaus bildete sich noch am Wahlabend ein etwa 500 Personen zählender Protestzug und besetzte für etwa zwei Stunden die Empfangshalle des neuen Prunk-Rathauses, ohne daß es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen wäre. "SS-Siggi" Borchardt (FAP) wurde allerdings der Weg ins Rathaus versperrt. Ermutigend war das Abschneiden von DOLL (Dortmunder Linke Liste), die 799 Stimmen errang (sie kandidierte nur in 24 der 42 Wahlbezirke) und in einem Wahlkreis (südliche Innenstadt) über 1 %.

Die Faschisten bzw. extrem Rechte zogen auch in sieben der zwölf Bezirksvertretungen ein: In sechs die REP, in einen (Mengede) die ÖDP, die dort 6,3 % (1073 Stimmen) erzielte; die NPD kam in Huckarde auf 3,25 % (549 Stimmen), in Mengede auf 2,83 % (482 Stimmen).



München, 29.9.89

Rund 500 Menschen beteiligten sich am 29. September an der Aktion der DGB-Jugend anlässlich des 9. Jahrestags des Oktoberfest-Attentats. Die Auftaktkundgebung fand auf dem "Platz der Opfer des Nationalsozialismus" statt. Dort sprach neben Bürgermeister Hanzog Jo Klett von der HBV Bayern. Er forderte die rückhaltlose Aufklärung des Verbrechens, die bisher "aus politischen Motiven" verhindert worden sei. Weiter legte er klar, daß gerade Gewerkschaften den antifaschistischen Kampf führen müssen, da sie selbst Angriffsziel der Faschisten seien und daß Ausländerfeindlichkeit Gewerkschaftsfeindlichkeit sei. Anschließend formierte sich ein Fackelzug, der durch die Innenstadt zum Mahnmal auf der Theresienwiese zog. Im Anschluß an die Gedenkfeier zogen noch einige Leute mit einem Transparent "Kein Fußbreit den Faschisten" durch das Oktoberfest. Die Reaktion der FestbesucherInnen waren überwiegend positiv.



Düsseldorf, 2.10.89

Auch in Düsseldorf konnten die REP in den Stadtrat einziehen. Sie erhielten 16 569 Stimmen, ca. 400 Stimmen mehr, als REP und DVU bei den Europawahlen zusammen erhielten. Mit diesem Ergebnis von 6,2 % können die REP im Stadtrat eine wichtige Rolle einnehmen: SPD und Grüne, die bisher zusammen eine hauchdünne Mehrheit hatten, verloren diese und sanken auf 39,6% (40,1 %) bzw. 9,9 % (10,2 %). Die CDU, deren Ratsfraktionsvorsitzender vor einiger Zeit eine Zusammenarbeit mit den REP ausdrücklich nicht ausgeschlossen hatte, erhielt 37,6 % (43,6 %), die FDP 6 % (5,2 %).

Mehrere hundert AntifaschistInnen protestierten noch am Wahlabend in Düsseldorf gegen den Einzug der REP in den Stadtrat. An der Aktion beteiligten sich auch gewerkschaftliche Kräfte wie die ÖTV, die für ein Verbot der REP eintretet. Der Düsseldorfer DGB-Kreisvorsitzende: "Wir haben bereits einen Bürgerantrag für die konstituierende Sitzung des Rates vorbereitet. Dort wird sich zeigen, ob die demokratischen Parteien zu ihrer Abgrenzung gegen die REP stehen."

**VORWÄRTS
NACH
GESTERN!**

Köln, 2. 10. 89

Am Kommunalwahlabend demonstrieren in Köln ca. 800 AntifaschistInnen gegen das empörende Wahlergebnis der REP, die im Stadtgebiet 7,4 % der Stimmen erhalten hatten. Bei Kundgebungen sprachen Vertreter von Volksfront, DIDF, Vereinigung türkischer und kurdischer Studenten, VVN/BdA, SAG, Jusos und Deutschem Freidenker-Verband. Das Wahlergebnis der REP ist für die AntifaschistInnen in Köln eine Niederlage. Die zahlreichen Aktivitäten des Antifaschistischen Forums konnten noch nicht einmal verhindern, daß die REP mit 29 641 Stimmen sogar 2400 Stimmen mehr erhielten, als REP und DVU bei den Europawahlen zusammen. Die ÖDP, die bei der Europawahl noch 1204 Stimmen erhalten hatte, erhielt 350. Die SPD sank auf 42,1 % (46,4 %), die CDU auf 30,5 % (37,8 %), die Grünen steigerten sich leicht auf 11,8 % (10,8 %). Die FDP konnte mit 7 % (4,5 %) wieder in den Stadtrat einziehen. Die DKP, die nur zu vier von neun Bezirksparlamenten kandidierte, erhielt 519 Stimmen. Das sind weniger als 1984 im gleichen Gebiet, jedoch eher mehr als bei den Europawahlen, wo sie im gesamten Stadtgebiet 1002 Stimmen erhielt.



Gelsenkirchen, 19. 10. 89

Am 1. 5. 1989 hatten 1000 Leute in Gelsenkirchen-Buer gegen eine Kundgebung der DVU protestiert. Acht Personen aus Witten wurden bereits bei der Anfahrt von der Polizei festgehalten, ihre Fahrzeuge durchsucht. Bei zwei Leuten wurden rohe Eier gefunden. Dies wurde einem Antifaschisten nun zum Verhängnis. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Anzeige erhoben, weil er gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben soll. Sie behauptet dreist, der Antifaschist habe vier Eier mit sich geführt, um "diese gegen die Veranstalter einzusetzen". Woher der Herr Staatsanwalt diese hellseherischen Fähigkeiten besitzt, ist nicht bekannt. Auf den Prozeß darf man gespannt sein.

Gelsenkirchen, 2.10.89

Die REP bekamen in Gelsenkirchen 7,4 % der Stimmen für den Stadtrat, das sind 9 457 WählerInnen. Diese Zahl unterscheidet sich nur geringfügig von der Zahl der Stimmen, die die faschistischen Parteien bei der Europawahl zusammen bekommen haben. Damit sind die REP mit fünf Sitzen im Rat vertreten, sowie in vier von fünf Bezirksvertretungen.

Erfreulich ist dagegen das Ergebnis der MLPD. Diese bekam 0,6 % für den Stadtrat, das sind 812 Stimmen gegenüber 399 Stimmen bei der letzten Wahl. Für die Wahl der Bezirksvertretungen bekam sie 1099 Stimmen. Für die Bezirksvertretung Süd erreichte sie 2,33 %, in einem Wahlbezirk sogar um die 12 %. Die DKP dagegen verlor ihr Mandat in der Bezirksvertretung West, überhaupt sank ihre Wählerzahl von 1542 (1,2 %) auf 1094 (0,8 %) Stimmen für den Rat.

Die SPD verlor 5,6 %, von 58,7 auf 53,1 %, allein im Stadtteil Heßler 18,1 %.

Dort stößt der geplante Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage auf Widerstand der Bevölkerung. Hier haben die Grünen 24,4 % bekommen, während sie im übrigen Stadtgebiet stabil bei 9,5 % blieben.



Essen, 2.10.89

In Essen kandidierten auf der extremen Rechten zum Stadtrat nur die ÖDP, zu vier von neun Bezirksvertretungen auch die von NPD, DVU und ehemaligen Mitgliedern der REP getragene Nationale Wählerliste (NL). Die ÖDP erhielt 1,2 % der Stimmen, die NL zwischen 0,9 und 1,3 %. Damit lag das Ergebnis der NL deutlich unter den Erfolgen der REP in anderen Städten, dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß sich die REP ausdrücklich von der NL distanziert hatten. Bei einer mit 58 % äußerst geringen Wahlbeteiligung verloren SPD und CDU Stimmen: Sie SPD sank auf 50,5 % (1984: 52,3 %), die CDU auf 32,4 % (35,6 %). Die Grünen konnten sich demgegenüber leicht auf 9,8 % steigern (8,8 %), die FDP konnte erheblich auf 5,2 % zulegen (2,7 %) und kann damit nach zehn Jahren Abwesenheit wieder in den

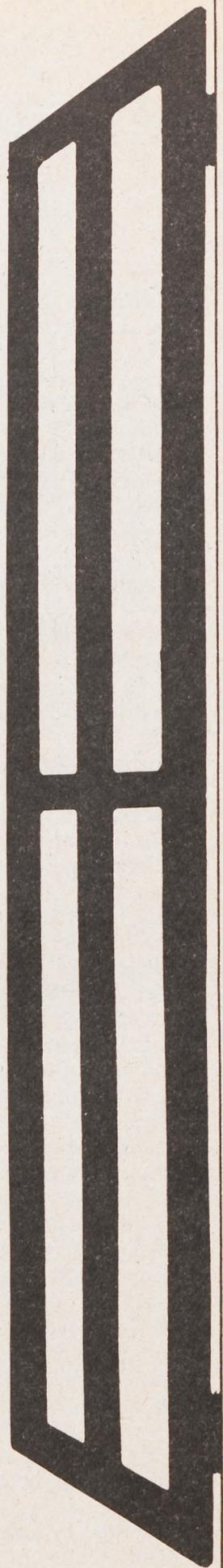
Stadtrat einziehen. Erfreulich ist, daß sich die DKP im Stadtgebiet seit 1987 auf 2913 Stimmen (1 %) steigern konnte. Im Essener Norden, wo im Gegensatz zur letzten Kommunalwahl diesmal die Grünen kandidierten, verlor die DKP zwar ihr Mandat in der Bezirksvertretung, erreichte aber immer noch 4,25 %.

Heidenheim, 13.10.89

Dieses Jahr jährt sich zum 50. Mal das mißglückte Attentat des parteilosen Arbeiters Georg Johann Elser auf Hitler im Bürgerbräukeller. Elser wurde in Hermaringen, einem Dorf bei Heidenheim, geboren. Die Stadt Heidenheim, wo auch ein Elser-Denkmal steht, hat das Jahr 1989 zum Elser-Jahr erklärt. Vor acht Jahren wurde ein Elser-Arbeitskreis gegründet, in dem außer der CDU sämtliche Parteien bis zur DKP mitarbeiten, außerdem Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und etliche Privatpersonen mit dem Ziel, das Informationsdefizit über Elser aufzuarbeiten und ihm eine größere Popularität zu verschaffen. Nicht einzu- sehen sei es, daß Elser in der Geschichtsschreibung weit weniger Bedeutung zukomme als den Offizieren um Stauffenberg.

Der Hermaringer Bürgermeister erklärt heute, nachdem er sich noch 1982 vehement dagegen gewehrt hatte, die Hauptstraße des Dorfes nach Elser zu benennen: "Seine Tat ist später tausendfach gerechtfertigt worden." Ab November gibt es in Heidenheim etwa zehn Veranstaltungen, Informationsabende, ein Theaterstück und eine Film- premiere, etc. über Elser. Der Arbeits- kreis wird auch ein Buch über Elser her- ausbringen.

Elser hatte sich mehrere Wochen nachts in den Bürgerbräukeller ein- schließen lassen, um dort auf den Knie- en arbeitend eine Bombe in eine Säule einzubauen. Das Attentat mißglückte. Auf der Flucht in die Schweiz wurde Elser gefaßt und später im KZ ermordet.



ANTIFASCHISTISCHE STADTKONFERENZ IN HERNE

Am 16. September fand in Herne die erste antifaschistische Stadtkonferenz statt. Etwa 150 Menschen waren zum Eröffnungsplenum in den Sitzungssaal der Volkshochschule gekommen.

Nachdem Frank Braßel von der VVN/BdA die Anwesenden begrüßt hatte, hielt Pfarrer Rohr ein später viel diskutiertes Einleitungsreferat.

Insbesondere die klare Absage an irgendwelche demokratischen Rechte für Faschisten sowie die eindeutige Kennzeichnung der Republikaner als Neofaschisten sind hervorzuheben.

(Das Referat ist in dieser Ausgabe dokumentiert).

Nach dem Eröffnungsplenum bildeten sich Arbeitsgruppen, die mit unterschiedlicher Beteiligung und unterschiedlicher Begeisterung arbeiteten.

So war zum Beispiel die Arbeitsgruppe "Jugendliche und Neofaschismus" so groß, daß sie geteilt werden mußte. In beiden Teilgruppen wurde heiß diskutiert, was vor allem daran lag, daß hier viele Jugendliche mit konkreten praktischen Erfahrungen mit Neonazis in Schulen, Freizeit und auf der Straße ihre Auffassungen diskutierten.

Übereinstimmung in beiden Gruppen, daß man den Nazis nicht das Recht zugestehen wollte, Straßen und Plätze zu besetzen und durch ihre regelmäßige Anwesenheit unsicher zu machen. Dort, wo Neofaschisten ihren Terror ausüben wollen, solle ihnen der Widerstand aller Demokraten entgegengesetzt werden. Und je mehr Leute sich an diesem Widerstand beteiligten, desto größer sei die Chance, die Neofaschisten gewaltlos an der Ausübung ihres Terrors zu hindern.

In beiden Gruppen wurde auch über ein eher pädagogisches Umgehen mit rechten Skinheads diskutiert. Strittig war die Frage, inwieweit diese durch sozialpädagogische Konzepte wieder "in die Gesellschaft integriert" werden können. Einige waren der Meinung, dies sei notwendig und auch möglich, da die Skins meist entwurzelte Arbeiterjugendliche seien, die bei entsprechender Zuwendung "den Weg zurück" finden könnten.

Andere wiederum waren der Auffassung, dies Konzept sei völlig verfehlt: Rechte Skins würden ein solches Vorgehen nur als Schwäche auslegen. Alles "Schwache" aber werde von ihnen verfolgt, da ja die "Ausmerzung von Schwachem und Lebensunwer-

tem" zur neofaschistischen Ideologie gehöre. Da Türken zum Beispiel für rechte Skins als "Untermenschen" gelten würden, sei es für sie auch durchaus vertretbar, einzelne umzulegen, damit die anderen dann aus Angst freiwillig das Land verließen.

Trotz der Differenzen war die Diskussion in diesen beiden Gruppen sehr lebhaft, was beispielsweise in der AG "Abbau demokratischer Rechte" weniger der Fall war. Hier wurde Kritik am zu langen Referat geübt, wodurch kaum noch eine inhaltliche Auseinandersetzung möglich wurde.

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Thema "Frauen und Neofaschismus". Hier wurde beschlossen, daß diese Gruppe sich nach der Konferenz weiter ständig treffen wird.

Ansonsten wurde auf dem Abschlußplenum über Ergebnisse von Arbeitsgruppen wenig erwähnt außer der obligatorischen Meldung, daß die Meinungen in der Arbeitsgruppe "Verbot neofaschistischer Parteien" wie immer kontrovers gewesen seien. Unklar noch, ob die Ergebnisse der Konferenz in einer Dokumentation schriftlich vorgelegt werden.

Kritik muß wohl auch ein wenig an der Durchführung des Abschlußple-

nums geübt werden. Es war wohl nicht ganz klar, welche Struktur dies Plenum haben sollte. Ursprünglich war vorgesehen, daß drei Leute aus unterschiedlichen politischen Spektren zu unterschiedlichen Fragestellungen Stellung nehmen sollten, so daß sich hieran eine möglichst lebendige Debatte im Plenum anschließen könnte. Andererseits sollte aber auch irgendwie gewährleistet werden, daß die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen in die Diskussion einfließen konnten.

Allerdings waren die drei Beiträge kaum in der Lage, unterscheidbare Positionen für eine Diskussion zu entwickeln, und so nahm das Abschlußplenum einen wenig lebendigen Verlauf, auch war die Zahl

der Teilnehmer zum Schluß doch erheblich geschrumpft.

Ein weiterer Mangel war auch, daß keine abschließende Erklärung der Konferenz vorgelegt wurde, welche in irgendeiner Form konkrete antifaschistische Maßnahmen für die kommende Zeit vorgeschlagen hätte. Dies wurde zwar laut Auskunft der Veranstalter in voller Absicht nicht gemacht, um der Konferenz keine Ergebnisse zu "diktieren", allerdings ist aus der Erfahrung solcher Konferenzen klar, daß sich Aktionsvorschläge nicht spontan aus den Arbeitsgruppen entwickeln, zumindest dann nicht, wenn diese einen weniger praktisch orientierten Schwerpunkt haben.

So blieb als einziger Ak-

tionsvorschlag der Konferenz eine Idee aus der Arbeitsgruppe "Jugendliche und Neofaschismus": Hier wurde vorgeschlagen, eine politische Bewegung in Herne für ein "Antifaschistisches Jugendzentrum" zu initiieren.

Fazit: Trotz dieser zuletzt erwähnten Mängel war die erste antifaschistische Stadtkonferenz in Herne ein guter Erfolg, insbesondere wegen der breiten Beteiligung unterschiedlicher politischer Kräfte: SPD, DKP, GR ÜNE, Kirchen, Gewerkschaftler und autonome AntifaschistInnen hatten sich zusammengefunden.

DRUCKWERK
AKTIV

Broschüren
Handzettel
Dissertationen
Formulare
Postkarten
Plakate
u.s.w.

Entwurf
Repro
Offsetdruck

DRUCKWERK

Penningskamp 12a • 4600 Dortmund 30
Telefon 0231/431821

UNSERE STÄRKE LIEGT IM BÜNDNIS

Rede von Pfarrer Rohr auf der antifaschistischen Stadtkonferenz Herne

Vor einem Jahr hätte diese Konferenz mit TeilnehmerInnen aus recht verschiedenen politischen und weltanschaulichen Himmelsrichtungen noch kaum eine Chance gehabt-Wetten,daß? Es hat der Erfolge der Neofaschisten an den Wahlen bedurft,um uns hier zusammenzubringen.Für die kleinen Gruppen, die sich in Herne über die Jahre in die antifaschistische Arbeit hineingekniet haben,ist das wenig Anlaß zu Freude.

Die bundesrepublikanische Gesellschaft hat 1988/89 ihre erschreckende Fähigkeit unter Beweis gestellt,ein ganzes Spektrum neofaschistischer Parteien hervorzubringen, die sich abgesprochen oder nur in der Wirkung-raffiniert die Bälle zuspieren und sich wie selbstverständlich längst in die inneren Angelegenheiten der konservativen Parteien einmischen.Die große Nebelmaschine der Begriffsverwirrungen tut ein übriges,um den lupenreinen Neofaschismus in milderem konservativem Licht erscheinen zu lassen. Wie soll das also heißen,was sich z.B. in der Nacht vor Führers 100. Geburtstag an den Wänden unseres Rathauses und bei uns im Initiativzentrum 3. Welt verewigt hat? Nennen wir es Rechtsradikalismus,dann tun wir den neuen Braunen wirklich zu viel Ehre an.Radikale gehen den Problemen an die radix, die Wurzel,und geben sich nicht her für Scheinantworten.Von Radikaldemokraten,Radikalsozialisten,Radikalpazifisten will ich gern reden.Rechts-Radikale sind ein Widerspruch in sich selbst. Bei der Begriffsvariante "Rechtsextremismus" klingen mir Verfassungsschutzberichte und Politikerreden im Ohr, die in dreister Ausgewogenheit rechte und linke Extremisten als politisch aussätzig brandmarken.Die Gleichsetzung neofaschistischer und linker Positionen in den tagtäglichen Presseerklärungen maßgeblicher Poli-

tiker ist vielleicht die übelste Brunnenvergiftung,mit der wir es heute in der BRD zu tun haben.

An den Unis ist des öfteren von dem "neuen rechten Fundamentalismus" oder der "neuen Rechten" die Rede.Das sollten sich insbesondere die Wertkonservativen nicht gefallen lassen.Diese Begriffe schaffen eine gefährliche Grauzone zwischen konservativem und faschistischem Politikverständnis.

Menschen und Par-

teien konservativer Grundhaltung,das sage ich als ein zumindest in kirchlichen Dingen konservativer Zeitgenosse,haben unbestreitbar das Recht,die Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzubestimmen.Neofaschisten können wir nur gemeinsam daran hindern.

Reden wir Klartext:ein Mülleimer ist ein Mülleimer und keine Hausmüll-Kleindeponie.Und ein politisches Programm,das seine Stichworte,Feindbilder und Emotionen bei den Faschisten abgekupfert hat,das kann man folglich nur Neofaschismus nennen.D.h.,abgekupfert stimmt nicht ganz.Da geht es nicht um Plagiat,sondern um eindeutige Wiederbelebungsversuche dessen,was mit dem 8. Mai 1945 eben nicht mausetot war.Wer die Wahlerfolge der Reps zu einer "Normalisierung des bundesdeutschen Parteiengesüßes" herunterspielen will,würde sich widerstandslos damit abfinden,daß 6 Millionen Deutsche,oder mehr,jederzeit bei entsprechenden sozialen und politischen Konstellationen als Kadergruppe neuer Führer bereitstehen.Das wäre ungefähr der gleiche tödliche Fatalismus wie der gespenstische Satz:"Kriege hat es immer gegeben und wird es immer geben."

Das faschistische Erbe der Neofaschisten entlarvt sich im Detail kaum eindeutiger als im Begriff der "deutschen Volksgemeinschaft" und seinen Ableitungen."Deutsch sein" wird da zu so

etwas Ähnlichem wie der unselige "Arier" aus den Nürnberger Gesetzen, denn nur wer "deutsch" ist, kann laut REP-Programm auch "Bürger" sein. Der Deutsche als Krone der Schöpfung, dies ist eben keine harmlose Spinnerei, die im Chauvinismus anderer Völker ihre Entsprechung hat. Denn die "Volksgemeinschaft" wendet sich brutal und mit mörderischen Konsequenzen gegen alle, die nicht so wollen oder können wie die Faschisten. Im übrigen ist die neofaschistische "Volksgemeinschaft" ein Schlaraffenland für Kapitalisten und Machos. Klassegegensätze, feministische Forderungen werden biologistisch und unter Mißbrauch der Verhaltensforschung wegerklärt. Die deutsche Arbeitsfront und Himmlers sexistische Phantasien lassen grüßen! Dem einzelnen Bürger bleibt nur noch eine Freiheit, die der freiwilligen Unterwerfung. Auch dafür hatten die Nazis griffige Formeln. Wer nicht so will wie die neofaschistische Volksgemeinschaft, der wird in der neofaschistischen Propaganda zum "Volksfeind" bzw. "Inländerfeind". Dazu eignen sich alle Leute, die sich konsequent für soziale, politische und wirtschaftliche Rechte des Einzelnen oder benachteiligter Gruppen einsetzen. Jeder Gewerkschafter, jeder Liberale, jeder Menschenrechtsarbeiter, jeder gesellschaftlich engagierte Christ kann ganz fix am Pranger der Neonazis stehen. Und hier sind etliche im Raum, die das in Herne auch schon ganz konkret erlebt haben.

Aber ihren ganz besonderen Haß haben sich die Neofaschisten für diejenigen aufgehoben, die ihnen seinerzeit wahrscheinlich am konsequentesten widerstanden haben. Zitat: "Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und potentieller Mörder. Der Kommunismus darf nur so viel Spielraum haben wie ein Gehängter zwischen Hals und Strick", so 1977 der heutige Rep-Pressesprecher Harald Neubauer auf einer DVU-Veranstaltung in Regensburg. Dergleichen steht wohlweislich nicht in den Parteiprogrammen der Neonazis. Ihre Reden, ihre Broschüren und Wandschmierereien sind randvoll davon. Und willst du nicht mein Volksgenosse sein, dann schlag ich dir den Schädel ein.

Der Rassismus gehört zur "deutschen Volksgemeinschaft" der Neofaschisten wie das Ei zum Huhn. Aber nach Auschwitz muß man seine Worte sorgsam wählen. Darum reden sie heute von "Ethno-Pluralismus". Will heißen, alle, die wir nicht in Männerheimen und ähnlichen Provisorien als industrielle Reserve-Armee bereithalten müssen, sollen das deutsche Auge nicht durch ihren Anblick beleidigen. An den Wänden steht allüberall "Ausländer raus", ein klarer verbaler Fußtritt in der Tradition von "Juda verrecke". Zu Wahlzeiten fanden die Neofaschisten dafür immer neue gestelzte Umschreibungen: Liste Ausländerbegrenzung, Aktion Ausländerrückführung, Ausländerrückführung, da wird der Neofaschist zum Völkerbeglucker, der die armen Auslän-

ANZEIGE

Sonnenblume

Spriggetz. 2
am Hauptbahnhof

Kästliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen...

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Montage bis Freitags: 9-18 und
Samstag: 9-13 Uhr

Naturkost

der zurückführt in ihre Heimat wie weiland Mose die Israeliten aus Ägypten. Gelebte Solidarität zwischen uns Deutschen und unseren ausländischen Nachbarn ist gleichzeitig eine der wichtigsten und wirkungsvollsten antifaschistischen Aktionen, die sich denken läßt. Ein Kapitel für sich ist die Flüchtlingspolitik. Sogenannte Asylanten haben im dumpf-deutschen Weltbild der Neofaschisten keinen Platz. Aber mit dieser unmenschlichen Überzeugung sitzen sie nicht allein am deutschen Stammtisch. Redner der CDU/CSU und auch die anderer Bonner Parteien haben jahrelang am Zerrbild des "Scheinasylanten", des "Wirtschaftsflüchtlings", des Drogenwolfes im Asylanten-Schafpelz mitmodelliert. Dieses Propagandageschöpf mit seinen unentwirrbaren Bestandteilen aus lügenhaften Verallgemeinerungen und tatsächlichen sozialen Problemen wird dem empfänglichen Teil des Wahlvolkes zum Fraß vorgeworfen. So lassen sich die komplexen Problemzusammenhänge und Interessensgegensätze einer krisengeschüttelten Industriegesellschaft immer noch am einfachsten überdecken: die Asylanten sind schuld!



Für die Neofaschisten sowieso, aber auch konservative Politik unterliegt zunehmend der Versuchung, uns das glauben zu machen. Eine gefährliche propagandistische Braunzone ist entstanden am rechten Rand des konservativen Lagers mit gleitenden Übergängen zur Ausländerhetze der Neofaschisten. Die Asylantenheime brennen hin und wieder, und die Reps erzielen ihre Topergebnisse im CSU-Land Bayern. Die Flüchtlingspolitik entwickelt sich zum gefährlichsten Austausch zwischen konservativer und neofaschistischer Politik. Noch einmal: Nach 15 Jahren der Arbeit mit Flüchtlingen bin ich nicht naiv, was das Bündel von Motiven, Mentalitäten und Verhaltensweisen angeht, die Flüchtlinge nach Deutschland treiben und hier bewegen. Aber die Verlogenheit der Scheinasylanten-Propaganda, wer immer sie im Munde führt, liegt doch auf der Hand. Ein Volk, das seinen überwältigenden Reichtum zuallererst einer ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung und zunehmend bedenkenlosen Rüstungsexporten verdankt, bläst sich in moralischer Empörung auf, wenn ein Teil der Flüchtlinge auch die wirtschaftlichen Chancen daheim und bei uns vergleicht. Ein Glück, daß unser Bundeskanzler wenigstens den Übersiedlern von drüben ökonomische Motive ausdrücklich zugesteht. Der Kampf um eine humanistische und offene Flüchtlingspolitik ist jedenfalls einer der Prüfsteine für einen Antifaschismus, der diesen Namen verdient. Und dieser Kampf beginnt bei uns in Herne, beim Gespräch in der Kneipe, in Verhandlungen mit der Ausländerbehörde, bei ausländerfreundlichen Aktionen - wo immer ihr wollt. Daß die Neofaschisten den Frieden gefährden durch Nichtanerkennung der Resultate des Zweiten Weltkrieges, zeigen schon die Deutschlandkarten, mit denen sie regelmäßig ihre Wahlplakate zieren. Andererseits lehnen sie jede Haftung für die Untaten ihrer geistigen Väter ab. Ungeheure Fleißarbeiten aus neofaschistischen Federn verschaffen dem Völker- und Judenmord der Nazis Absolution durch die Auflistung von Kriegsverbrechen und Gewalttaten der Anti-Hitlerkoalition. Der Mensch ist halt von Haus aus ein Massenmörder. Da wird der konkrete Fall des Hitlerfa-

schismus zur historischen Episode. Na, und der Führer hat auch schon Mist gemacht. Schönhuber hat seinem ehemaligen obersten Kriegsherrn verbal sogar in Bausch und Bogen den Laufpaß gegeben. Peinlich und entlarvend nur, was in Hinterzimmern und bei gestiegenem Alkoholpegel nachweislich von seinen Leuten schwadroniert wird. Die vorgeschlagene Umwidmung von Wackersdorf zum ersten KZ des vierten Reiches ist da nur ein Beispiel.

Geschichte mit beschränkter Haftung, das ist das Rezept der Neonazis. Aber auch Franz Josef Strauß hat dazu geraten, endlich aus dem Schatten des Dritten Reiches herauszutreten und dadurch vermehrte machtpolitische Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Ihre Geschichtsfälschungen bringen die Neofaschisten mit einer beträchtlichen publizistischen Macht unters Volk. "Mut", Theorieorgan des völkischen Nationalismus und zugegebenermaßen auch von Dr. Helmut Kohl gelesen, erscheint in 25 000 Exemplaren. Die linksdemokratischen "Blätter für deutsche und internationale Politik" kommen da nicht mit. Dr. Freys Nationalzeitung findet wöchentlich 130 000 Käufer, die Parteizeitungen von NPD und Reps nach eigenen Angaben 50 000. Mit Sicherheit haben die gestiegenen Auflagen viel mit einem veränderten Umfeld zu tun. Wer hat sich in den siebziger Jahren mit ihrer Hoffnung auf eine "solidarische und menschliche Gesellschaft" schon lange mit Rudels Memoiren aufgehalten? Dr. Freys ewige Nölereien über Wiedergutmachungszahlungen an Israel waren ein Insiderthema für Neonazis. Wir leben heute im Jahre 7 nach der Wende. Eine geistig-moralische sollte es werden. Eine geistige ist es auf jeden Fall geworden. Selbstverständlich mitbetrieben und gefördert von großen Teilen der Regierungskoalition. Das Deutschlandlied am Ende der TV-Nacht ist eben nicht nur eine Ins-Bett-geh-Hilfe für Übernächtigte, sondern ein Trendsetter neben vielen, vielen anderen. Wir sind wieder wer. Und alle, die in der Zweidrittel-Gesellschaft ihr Kuchenstückchen abbekommen haben, sollen das nur ja nicht vergessen. Unter wehendem Schwarz-Rot-Gold kämpft es sich besser um Wohnungen, Arbeits- und Studienplätze. Und an dem, was trotzdem nicht klappt, muß jemand schuld

NICHTS IST SCHWERER 
NICHTS ERFORDERT
MEHR CHARAKTER
ALS SICH IM OFFENEN
GEGENSATZ
ZU SEINER ZEIT
ZU BEFINDEN 

LAUT ZU SAGEN
NEIN!

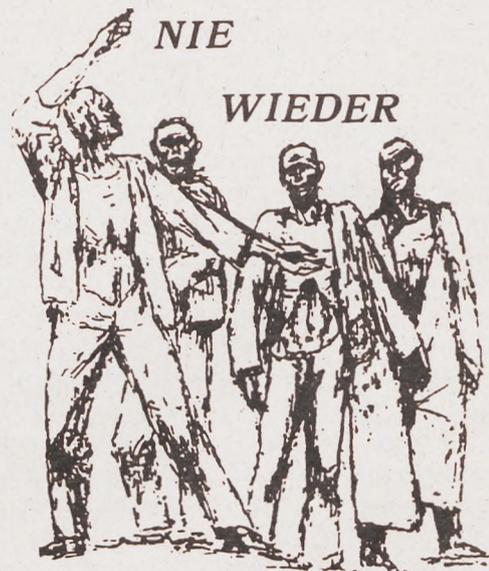
TUCHOLSKY

sein. Das sind die eigenen Radikalen, die man leider nicht abschieben, sondern höchstens einsperren kann - und eben die Ausländer. Gelegentlich drängt sich die Realität in diese autoritäre Scheinwelt und löst reale Ängste aus - in Gestalt von Pershing II-Raketen oder Tschernobyl, aber bisher hat die Rückkehr unter die Käseglocke des Wendegeistes noch immer erstaunlich rasch geklappt. Mal sehen, was das Ozonloch und die sterbenden Wälder da noch an Zuwendung zur Wirklichkeit zustande bringen. Skepsis ist vorläufig angezeigt. Kein Zweifel, den Neofaschisten

bekommt das Wende-Klima. Und nachdem Heiner Geißler weg vom Fenster ist, ist Schönhuber zu allen Koalitionskumpaneien bereit. Ich glaube der CDU/CSU, daß sie 1989 und auch 1990 keine schwarzbraune Koalition eingehen wird. Trotzdem kann niemand im Konrad-Adenauer-Haus von uns verlangen, daß wir die wiederholten Sandkastenspiele christdemokratischer Politiker, bis hin zum Rang eines Länder-Ministerpräsidenten, auf die leichte Schulter nehmen. Die CDU/CSU hat bisher keineswegs alles getan, was möglich ist, um das Gespenst schwarzbrauner Koalitionen oder stillschweigender Zweckbündnisse ein für allemal zu verscheuchen,

In Herne besitzen die Reps offenbar noch nicht die Infrastruktur für eine Kandidatur bei der Kommunalwahl. Also haben wir es mit der NPD zu tun. Natürlich ist dieser Traditionsverein unter den Neonazis nach seinen Erfahrungen mit Dr. Freys DVU nicht besonders gut drauf. Aber wir haben keinen Grund, die NPD zu unterschätzen. In Wanne-Eickel tummelt sie sich seit längerem und hat dort prompt deutlich bessere Ergebnisse als in Herne 1. Die Abwesenheit der Reps kommt natürlich der NPD zugute. Die NPD hat den Reps überall in der BRD zahlreiche Kader geliefert und ist aus dem gleichen Holz geschnitzt. Auch die NPD verläßt sich darauf, was schon die berühmte Sinus-Studie von 1979/80 herausgefunden hat. 13 % der Bundesbürger leben in einem "geschlossenen rechtsextremen Weltbild", Tendenz steigend. Jüngste Analysen haben ergeben, daß zwei Drittel der REP-Wähler ideologisch voll hinter dem Programm ihrer Partei stehen. Infas hat Anfang des Jahres in NRW herausgefunden, daß 13 % der Arbeiter Neigung zeigen, die Reps zu wählen. Unter Angestellten und Beamten schnellst dieser Prozentsatz auf 28 % in die Höhe. 16 % des deutschen Top-Managements halten laut Capital eine Koalition zwischen CDU und Reps für wünschenswert. Selbst im Dortmunder Norden stufen sich drei Viertel aller Rep-Wähler als sozial gesichert (35 %) oder sogar "oben" (39 %) ein. Ich halte diese Zahlen für alarmierend, denn sie schlagen uns das monokausale Erklärungsmuster von den "Modernisierungs-Verlierern", den Wohnungssuchenden, Arbeitslosen und Kleinrentnern als den typischen Rep- und NPD-Wählern aus der Hand. Wer wollte leugnen, daß es sie gibt, wohl auch in Massen. Aber der solide Sockel neofaschistischen Wählerpotentials hat von der Zweidrittel-Gesellschaft wenig zu fürchten. Diese Leute ähneln den weißen kleinbürgerlichen Arbeitern in Südafrika, die zu den erbittertsten Verfechtern der Apartheid gehören. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, für welche Parolen diese sozial etablierten Wähler neofaschistischer Parteien empfänglich werden, wenn erst einmal die harte Konkurrenzsituation des EG-Binnenmarktes voll in die Sozialpolitik durchschlägt.

Es hilft alles nichts. Jenseits aller Protestwähler gibt es heute eine starke Gruppe von Menschen unter uns, die keine Scheu mehr haben, offen für autoritär-neofaschistische Politik zu stimmen. Sie machen ihr Kreuz nicht aus Versehen. Sie wollen, daß z.B. die gewaltträchtige Ausländerpolitik, die revanchistische Außenpolitik, die antidemokratische Innenpolitik aus den Parteiprogrammen Wirklichkeit werden soll. Diese neofaschistisch geprägten Wähler sind kaum als Verführte zu verstehen, sie müssen von uns als Träger eines knallharten politischen Willens bitter ernst genommen werden.



NIE

WIEDER

Faschismus

Und dieser politische Kampf hat seinen wichtigsten Schauplatz da, wo die normalen Leute leben, zwischen Röhlinghausen und Sodingen. Jede unserer Organisationen hat unmißverständlich klarzumachen, daß neofaschistische Parteien aufgrund unseres Wertsystems für uns nicht wählbar sind. Für die evangelische Kirche heißt das: Neonazis sind am 1. Oktober für bewußte Christen nicht wählbar. Ich kann nicht Neonazi und Christ sein, tut mir leid! Ich bin ein wenig erleichtert, daß ich das hier nicht als Privatmeinung sagen muß, sondern dabei für meine Kirche sprechen kann. Über die Frage eines Verbotes aller oder bestimmter neofaschistischer Parteien ist unter uns die Diskussion wohl noch nicht abgeschlossen. In der Verantwortung für eine antifaschistische Jugend-, Flüchtlings- und Auslän-

derpolitik in Herne stehen wir gemeinsam. Von der Ometepe-Partnerschaft bis zu AI kann alle Internationalismusarbeit ein Beitrag zum Antifaschistischen Bündnis sein. Aber wir müssen auch alles tun, um die Wut der wirklichen Protestwähler ernstzunehmen und sie von diesem Trip zu holen. Die Stichworte Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind genannt und unterstreichen die überragende Verantwortung der Mehrheitsfraktion im Rathaus. Wir müssen darauf bestehen und die SPD muß sich praktisch dafür einsetzen, daß die Diskussion um die Zukunft des Ruhrgebietes endlich unter wirklicher Bürgerbeteiligung passiert. Es ist ein Unding, daß Industrie- und Umweltpolitik wieder allein von den Kreisen der Großindustrie bestimmt werden, die unsere Heimat bis an den Rand des Kollapses beinahe zu Tode genutzt haben. Außerdem: warum hat es bis heute in Herne keine mit der unseren vergleichbare Konferenz zum Thema Arbeitslosigkeit gegeben? Unsere Stärke liegt im Bündnis. Die hier vertretenen Organisationen und vor allem die anwesenden Menschen sind im

Bündnis stärker als die einfache Summe der Individuen. Schon darin liegt für mich eine wichtige antifaschistische Übung: zusammen mit Sozialdemokraten, Antifaschisten, Kommunisten, Grünen, Feministinnen, Ausländern, Flüchtlingen, Katholiken, Christdemokraten, Gewerkschaftlern für eine offene und humane Gesellschaft eintreten, für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das letzte Mal haben wir zu spät damit angefangen. Das war unser Fehler.

**Briefe
an
die
Redaktion
SIND ERWÜNSCHT !!**

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

A usländer
B iologisches Bauen
C hemie in Lebensmitteln
D ritte Welt
E ntwicklungspolitik
F aschismus
G eschichte
H eilkräuter
J ndianer
K riegsgefahr
L iebe
M edien

R eonazismus
Ö kologie
P olitik
R eisen
S anfte Energien
T rampen
U mweltschutz
V ollwerternährung
W aldsterben
Y oga
Z ukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 MARL
02365/66803

Schaut mal rein!

CHRISTEN UND NEOFASCHISMUS

IN HERNE

In der vergangenen Ausgabe berichteten wir über den "Christen" Karl CHABORSKI aus Herne. Seine flammenden Aufrufe für einen christlichen Neofaschismus, sein Aufruf, allein die DVU gründe ihre programmatischen Grundsätze in der "göttlichen Rechtsordnung" mögen den meisten Lesern eher bizarr erschienen sein - die meisten werden sicherlich eher geschmunzelt haben.



Nun kam uns eine "Grüßbotschaft" eines Pfarrers im Herner Marienhospital in die Hände, welche in mehr oder weniger ebenso deutlicher Sprache die "geistige" Linie des Herrn Chaborski fortsetzt.

Allerdings handelt es sich bei dieser "Botschaft" eben nicht um irgendeinen "verwirrten" Menschen, sondern um Pfarrer Hubert KRUSE, offizieller Seelsorger in einem großen Herner Krankenhaus.

Mit der ganzen Autorität eines solchen Amtes wendet er sich dann an

die "lieben Patienten, lieben Gäste und lieben Mitarbeiter im Marienhospital!"

Und was ist sein Anliegen? Fassen wir es möglichst kurz zusammen:

Herr KRUSE ist tief besorgt, denn "auch ein Volk kann krank sein!". Und dies ist mit diesem unserem deutschen Volk seiner Meinung nach der Fall, denn - und der kluge Pfarrer legt die meisten seiner Ansichten anderen Leuten in den Mund - so meint z.B. die Russin

Goritschewa, "daß wir Deutschen unter der bösen Krankheit der Selbstquälerei (Maso-chismus) leiden, weil wir immer wieder in unseren Wunden stochern."

Und was kommt bei diesem Stochern heraus?

Wir haben unsere "Ehre" verloren, aber "niemand kann ohne Ehre leben!"

Andere Völker seien dagegen stolz, obwohl sie auch nicht weniger Dreck am Stecken hätten als wir, z.B. "die Russen (...) diese laufen nicht mit hängenden Köpfen über die Erde. Ist die Blutspur hinter Stalin soviel kleiner? (als die hinter Hitler, meint der Autor, schreibt dies aber vorsichtigerweise nicht ausdrücklich dorthin - man kann es sich auch selber weiterdenken!).

Und er sieht in unserer heutigen Wirklichkeit schon den gleichen "Un-

geist" wie zu Hitlers Zeiten (oder sogar Schlimmeres), denn damals wurden "in den KZs Versuche an den Menschen gemacht, heute in den Retorten." Dagegen sei "das Leben der Geiselnahmer, der Terroristen (...) in unserm Staat heilig und unantastbar." Also: Einführung der Todesstrafe und Verbot der Abtreibung ist es, was unser christlicher Pfarrer fordert.

Übergehen wir mal alle weiteren

Einlassungen, die sich in ähnlich widerwärtigem Stil an den Stammtischfaschisten richten und um seine Zustimmung werben. Von besonderer Art sind dann im Schlußteil seine Aufforderungen, den Kampf darum zu führen, daß "unser Vaterland christlich bleibt". Was hat unser "christlicher Mahner" festgestellt?

"Ohne daß es groß jemand bemerkt hat, gibt es bereits heute bei uns in jeder größeren Stadt

eine Moschee. Ist es so ganz unverständlich oder unberechtigt, wenn mich diese Tatsache sehr betroffen macht? Ja, ganz offen sage ich, daß ich aus diesem Grund über den ungehinderten, weiteren Zugang von Mohammedanern nicht sehr glücklich bin. Ich liebe das christliche Abendland!"

Ja, den Hinweis auf seine "Offenheit" hätte sich dieser Neofaschist im christlichen Mäntelchen schenken können! Alle seine Auswürfe sind von dankenswerter Offenheit. Dieser "Christ" bricht sicher in wahre Jubelstürme aus, wenn seine "christliche" Kirche in Afrika, China oder in der Sowjetunion "frei" und ohne Repressionen wirken und Einfluß nehmen kann, wenn sein "Oberhirte" in aller Welt mit staatlichen Ehren empfangen wird, denn er ist ja der Repäsentant des "christlichen Abendlandes". Und das wird in seiner Existenz bedroht, wenn in unserer Nähe eine Moschee steht, in welche Menschen mohammedanischen Glaubens gehen? Nein, im Klartext spricht hier der "christliche" Kolonialist, der die Interessen dieses "christlichen Abendlandes" mit Feuer und Schwert durchsetzte.

Und die Tugend der "Toleranz" kann dieser "Christ" gegenüber anderen Religionen auch nicht empfinden: "Von Köln aus versuchen die Fundamentalisten von Teheran mit Hilfe unserer Gastarbeiter die Revolution in die Türkei zu exportieren. Eines Tages aber sitzen die Türken mit im Europarat und unsere mohammedani-

schen Gastarbeiter in den Parlamenten." Es kann einem schlecht werden bei einem derartigen Brei von Halbwahrheiten, Lügen und Verdrehungen. Da werden die Anhänger islamischer Religionsfundamentalisten gleichgesetzt mit "den türkischen

TÜRKEN RAUS....



Z. BERGMAN

Gastarbeitern", von denen die Mehrheit einzig um soziale Rechte und für demokratische Freiheiten in der Türkei kämpft - das Eintreten für das Wahlrecht für ausländische Mitbürger wird diffamiert durch das Ausmalen eines Schreckensszenarios: In "unseren" Parlamenten sitzen die Anhänger des islamischen Terrors, wie er vom iranischen Schreckensregime aus befohlen wird. Und nach solchen wahrhaft ausländischerfeindlichen, zum Rassenhaß aufstachelnden Worten erdreistet sich der Autor scheinheilig zu behaupten: "Nein, ich bin kein Feind der Ausländer, aber ich liebe die Kirche und mein Vaterland. Er hat von seinem geistigen Ziehvater Schönhuber gelernt, der auch behauptete, er sei

kein Gegner der Juden, aber den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Galinski, den will er nicht lieben müssen - eine wahrlich perfide Methode, die reale Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit durch scheinheilig verschleiernde Formulierungen zu tarnen.

Wie glaubwürdig und aufrichtig es dieser

Rassist mit uns meint, soll abschließend noch ein Satz aus seinem "herzlichen Gruß" verdeutlichen. Er, der sich ja so sehr um die "Gesundheit" unseres Volkes sorgt, behauptet über die Abtreibungspraxis in der Bundesrepublik:

"Mit riesigen Lastwagen werden die Körper der abgetriebenen Kinder in die Kosmetikfabriken gefahren."

Lassen Sie diesen Satz auf sich wirken und überlegen Sie mit uns gemeinsam, ob gegen den Verfasser solcher Pamphlete nicht strafrechtlich ermittelt werden sollte!

ANTIFAZ

6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM

ANZEIGENPREISLISTE

1/4 SeiteDM 30.-
1/2 SeiteDM 50.-
1/1 SeiteDM 100.-

AUFRUF ZUR DURCHFÜHRUNG EINES ANTIIMPERIALISTISCHEN KONGRESSES AM 31.3./1.4.1990

Weltweit vollziehen sich wichtige Veränderungen. Das Schlagwort vom "Ende der Nachkriegsordnung" geistert durch die Medien und Politikerreden. Wachsamkeit ist geboten, denn diese Pläne haben Einfluß auf viele drängenden Probleme, die sich der Masse der werktätigen Bevölkerung heute stellen und sie bewegen. Unübersehbar sind die Gefahren für den Erhalt des Weltfriedens, für die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen, die Bedrohung der natürlichen Umwelt oder auch der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Hoffnungen auf eine Welt ohne Kriege, Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung und Unterdrückung kollidieren mit der herrschenden imperialistischen Politik, denn mitten in Europa vollzieht sich eine der heute wesentlichsten Veränderungen:

Unter der Führung der Bundesrepublik, heute vor allem im engen Verbund mit Frankreich, soll die EG zu einer neuen Weltmacht aufgebaut werden. Nächster Meilenstein auf diesem Weg soll der ab Anfang 1993 geplante EG-Binnenmarkt sein. Er bildet die wirtschaftliche und politische Basis, um den Kampf um die Spitze der imperialistischen Mächte aufzunehmen.

Es steht fest, daß diese Pläne - sollte ihre Durchsetzung nicht verhindert werden - gravierende Folgen nach sich ziehen würden. In der BRD überwiegt heute zwar die Skepsis gegenüber dem EG-Kurs, aber außer den Bauern und einem kleinen Teil der Arbeiter haben die meisten Werktätigen noch keine unmittelbaren Erfahrungen mit den Auswirkungen dieser Pläne gemacht. Ihr imperialistischer, auf Weltherrschaft gerichteter Charakter kann auch nicht einfach spontan durchschaut werden. Zumal die Medien Friedensvisionen verbreiten und den Eindruck erwecken, als gehörten Kriege und Kriegsgefahr nun endgültig der Vergangenheit an.

Die Auseinandersetzung um und die Aufklärung über die wahren Ziele der

Europapolitik des BRD-Imperialismus gehört deshalb heute mit zu den vorrangigen Aufgaben im antiimperialistischen Kampf. Die Krisen- und Erosionserscheinungen in den Ländern des RGW scheinen die westlichen Imperialisten geradezu zu ermuntern, ihre seit langem gehegten Ziele zur Änderung der Machtverhältnisse in Europa mit neuem Eifer und unter veränderten Bedingungen zu verfolgen. Der BRD-Imperialismus tut sich an der Nahtstelle dieser Auseinandersetzung besonders hervor. Er sucht die Vorherrschaft in Westeuropa und die Ausdehnung seines Machtanspruchs in Osteuropa, was nicht ohne Auswirkungen bleiben kann auf die Verschärfung der Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten und eine Erhöhung der allgemeinen Kriegsgefahr in der Konsequenz mit sich bringt. Darüberhinaus bedeuten diese Großmachtpläne Reaktion auch auf allen anderen Gebieten - ökonomisch, ökologisch und politisch. Einem antiimperialistischen Bündnis sind deshalb weitergehende, über die Einheit in nur einer Frage hinausgehende Kampfaufgaben gestellt:

- Wie kann verhindert werden, daß unter der Flagge der Wettbewerbsfähigkeit die Spaltung der Arbeiter und Angestellten der verschiedenen EG-Länder betrieben wird? Welche Wirkungen wird die betriebliche Deregulierungspolitik auf die Lage der Frauen in Europa haben? Wie können dagegen offensiv und solidarisch über Ländergrenzen hinweg soziale und politische Forderungen aus Betrieben und Gewerkschaften durchgesetzt werden?

- Wie kann verhindert werden, daß unter der irreführenden Bezeichnung "Abrüstung" eine Konventionalisierung der Aufrüstung mit modernsten Waffen erfolgt, bei gleichzeitigem Auf- und Ausbau der deutsch-französischen Nuklearzusammenarbeit? Auf welchem Weg können echte Abrüstungsschritte er-

zielt werden, und wie wird Europa frei von jeglicher Atombewaffnung und Stationierung?

-Wie kann verhindert werden, daß der ohnehin völlig unzureichende Umweltschutz restlos zum Opfer der Kostensenkungsprogramme der Monopole wird?

Wie können wirksame Sofortmaßnahmen durchgesetzt werden, die die drohende globale Umweltkatastrophe zu Beginn des nächsten Jahrhunderts noch vermeiden helfen und zur Überwindung der Umweltkrise führen?

-Wie kann der Eg-weiten und EG-koo-ordinierten staatlichen Repressionspolitik, der Förderung und dem Erstarken faschistischer Kräfte und Parteien begegnet werden? Wie können demokratische Rechte verteidigt und erweitert werden bei gleichzeitiger Durchsetzung des Verbots aller faschistischen Parteien und Organisationen? Wie kann der europaweiten Verschärfung der Ausländergesetze und der Einschränkung des Asylrechts entgegengewirkt werden?

-Wie muß der neokolonialistischen Politik des BRD-Imperialismus und der anderen EG-Länder entgegengetreten werden? Wie kann antiimperialistischer Kampf in den Metropolen wirksam mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern verbunden werden?

-Worin kann schließlich die längerfristige Perspektive und Zielsetzung eines antiimperialistischen Bündnisses in einem hochentwickelten kapitalistischen Land bestehen? Wie verhält es sich zur revolutionären Strategie, die auf den Sturz des Imperialismus zielt?

Wenn wir zur Beratschlagung dieser und weiterer Fragen zur Durchführung eines antiimperialistischen Kongresses im März/April 1990 aufrufen, dann in dem Bewußtsein, daß die politische Arbeit des von uns angestrebten breiten antiimperialistischen Bündnisses keine kurzfristige und keine leicht zu bewältigende Aufgabe sein wird. Abgesehen von einigen Linken bei den Grünen werden die Europa-pläne des BRD-Imperialismus mehr oder weniger von allen Bonner Parteien getragen. Die Führungen des DGB und der Einzelgewerkschaften versuchen die Europafrage mit der

Losung vom "sozialen Europa" auf soziale Gesichtspunkte einzuengen. In der logischen Folge müßten sie für das Linsengericht einiger sozialer Zugeständnisse zur Unterstützung des imperialistischen Kurses bereit sein, was durch gemeinsame Erklärungen von DGB-Spitze und BDI zum EG-Binnenmarkt nachhaltig unterstrichen wird.

All das zeigt, daß eine antiimperialistische Bewegung gegen die Europa-pläne eine Bewegung gegen den Strom sein wird. Das kann allerdings nur ein Grund mehr sein, den Aufbau eines antiimperialistischen Bündnisses in Angriff zu nehmen. Die an den bisherigen Bündnisbestrebungen beteiligten Organisationen und Einzelpersonen haben in diesem Prozeß schon einige wichtige Erfahrungen sammeln können. Obwohl in verschiedenen Fragen noch Differenzen bestehen, sind sie sich über die besondere Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes soweit einig geworden, zu diesem Kongreß aufzurufen und alle Interessierten aufzufordern, sich mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen daran zu beteiligen.

Folgende Arbeitsgruppen sind für den Kongreß bisher vorgesehen: Verschiedene Bestandteile der Europa-pläne des BRD-Imperialismus hinsichtlich

- Entwicklung der Kriegsgefahr
- Arbeitswelt und soziale Lage
- Lage der Frauen in Europa
- Umweltzerstörung
- Abbau demokratischer Rechte und Staatsterror
- Rolle des Faschismus
- Intensivierung neokolonialistischer Strategien
- Veränderungen im Verhältnis Nationalstaaten und EG.

Das wichtigste Ziel des Kongresses - sowohl der Diskussion in den Arbeitsgruppen als auch im Plenum - sehen wir in der Vereinheitlichung über wesentliche Fragen des antiimperialistischen Kampfes in der BRD und der Erarbeitung und Beschlußfassung einer entsprechenden Erklärung.

(Informationen bei:
Peter Borgwardt, Rellinghauser Str. 334, 4300 Essen 1
Törk Hansen, c/o VSP, Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1)

VORSICHT
ANSCHLAGSRELEVANTES
THEMA

Über staatliche Repression, § 129a und die
politische Linkskultur im Lande

Referent: Oliver Tolmein (Redaktionsmitglied der
Zeitschrift 'Konkret'
Hamburg)

am Donnerstag, den 30. November 1989 um 19.30 Uhr im Kulturzentrum
Herne, Berliner Platz, 4690 Herne 1 / VHS - Raum 64

Die Geschichte des §129a ist auch ein Teil der Geschichte
dieses Landes und seiner politischen (Un-)Kultur.
Über die '68ziger Bewegung', den 'deutschen Herbst' zur Um-
gestaltung der Strafprozessordnung mündend in der versuchten
Kriminalisierung der Kritiker an den staatlichen Verhältnissen.

Was fangen wir mit dieser Realität an ?

Diskussion : erwünscht!

Veranstalter: Informationszentrum Dritte Welt und
VVN-Bund der Antifaschisten, Herne

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

partner der
büchergilde gutenberg



Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •